

GI Fristsache



Lebensversicherungen als Finanzierungsinstrument – Heilungsfrist 31. 12. 1993 – Notwendige Vertragsanpassungen bis 31. 12. 1993 in Angriff nehmen

Das Steueränderungsgesetz 1992 hat die Steuerbefreiung der Zinsen, die mit der Versicherungsleistung ausgezahlt werden, eingeschränkt. Geblieben ist die Steuerfreiheit der Zinserträge, soweit die Lebensversicherung Darlehensverträge abdeckt, mit denen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens finanziert werden. (Keine Forderungen und Umlaufvermögen)

Einige Fallstricke nach dem 13. 2. 1992:

1. Globalabtretungserklärungen bzw. Sicherungszweckerklärungen sind auf die Darlehensvaluta ohne Zinsen zu beschränken.
2. Wurden durch ein Gesamtdarlehen auch nicht begünstigte Aufwendungen mitfinanziert, so ist das Mischdarlehen durch zwei Kredite abzulösen. Die Lebensversicherung darf nur dem Kredit zugeordnet werden, der begünstigte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens betrifft.
3. Kontokorrentkredite sollten grundsätzlich nicht durch eine Lebensversicherung besichert werden. Erfahrungsgemäß läßt sich die Verwendung dieser Darlehensgelder nur schwer übersehen (Gefahr des Mischdarlehens).
4. Freie Darlehensmittel dürfen nicht mehr zur Festgeldanlage genutzt werden. Nach einem uns bekannt gewordenen Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 5. 7. 1993 kann die vorübergehende Anlage auf Festgeldkonten steuerunschädlich geheilt werden, wenn die Darlehensmittel bis zum 31. 12. 1993 für die begünstigten Anschaffungs- und Herstellungskosten verwendet worden sind.
5. Eine Umwidmung des Darlehenszweck ist nur unschädlich, wenn weiterhin eine steuerunschädliche Finanzierungsmaßnahme vorliegt. Beispiel: LV finanzierter LKW wird verkauft. Der Veräußerungspreis muß innerhalb eines Monats zur Ablösung der Darlehensvaluta oder zur Beschaffung eines anderen Wirtschaftsgutes des Anlagevermögens verwendet werden.

Bei privaten Einkünften – z. B. V + V, PKW des angestellten Vertreters, Anschaffung von GmbH-Anteilen – gelten Tz. 1 – 5 entsprechend. Nicht betroffen sind Finanzierungen im Bereich des privaten Wohnungseigentums.

Die Lebensversicherung bleibt auch nach dem Steueränderungsgesetz 1992 ein wichtiges Finanzierungsinstrument im Bereich betrieblicher und privater Aufwendungen.

Anwaltshaftung

- Sicherung des Mandanten gegen Verjährung
 - Fehler des zweiten RA
 - Gesamtschuld
- (BGH, Urt.v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92)

Leitsätze:

- a) Ein Rechtsanwalt, der von seinem Mandanten beauftragt wird, seine Rechte gegenüber einer Vielzahl von Schuldnern wahrzunehmen, und sich dazu entschließt, zunächst nur „Musterprozesse“ gegen einzelne Schuldner zu führen, hat Vorkehrungen zu treffen, daß die Ansprüche gegen die übrigen Schuldner nicht verjähren. Unterläßt er dies, entfällt seine Haftung nicht schon dadurch, daß das Mandat vor Eintritt der Verjährung endet.
- b) Darf sich ein Mandant darauf verlassen, daß der von ihm beauftragte Rechtsanwalt (objektiv erforderliche) Maßnahmen zur Unterbrechung der Verjährung für unnötig gehalten hat, und unterliegt ein zweiter Rechtsanwalt, der das Mandat des ersten fortführt, demselben Irrtum, braucht sich der Mandant den Fehler des zweiten Rechtsanwalts im Verhältnis zum ersten nicht als Mitverschulden anrechnen zu lassen.
- c) Bei einer Teilklage ist eine Vorabentscheidung über den Grund (§ 304 ZPO) möglich, wenn sich der Gesamtanspruch aus mehreren selbständigen Forderungen zusammensetzt, von denen einzelne unbegründet sind, die übrigen aber erwarten lassen, daß dem Kläger im Nachverfahren ein Beitrag zugesprochen wird.

Tatbestand:

Aufgrund eines Vertrages mit der Stadt L. erschloß die Klägerin ein Baugebiet und verkaufte Erbbaurechte an insgesamt 64 Erwerber. Diese verpflichteten sich zur Erstattung der umlagefähigen Erschließungskosten. Im Jahre 1986 wurden die Erschließungsarbeiten beendet und die Erschließungsanlagen auf die Stadt übertragen.

Bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegen die Erwerber stieß die Klägerin auf Widerstände. Sie nahm deshalb die anwaltliche Hilfe des Beklagten zu 1) in Anspruch. Dieser gehörte seinerzeit ihrem Aufsichtsrat an und ist außerdem Mitglied des Rates der Stadt L. Ob die Mandate lediglich ihm – oder auch seinen Sozi, den Beklagten zu 2) und zu 3) – erteilt wurden und ob sie sämtliche Schuldner der Klägerin, namentlich auch die Stadt L., betrafen, ist zwischen den Parteien streitig.

Im Jahre 1988 erhob der Beklagte zu 1) gegen acht Erwerber Zahlungsklage. Bevor er gegen die weiteren Erwerber vorging, wollte er den Ausgang dieser „Musterverfahren“ abwarten. Ende September 1988 wurde das Mandatsverhältnis einvernehmlich aufgelöst. Die Fortführung der eingeleiteten Prozesse übernahmen die erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten der Klägerin. Ob sie vor dem 31.12.1988 auch in den bis dahin nicht anhängig gemachten Fällen beauftragt wurden, ist ebenfalls streitig. **Als sie später die anderen Erwerber in Anspruch nahmen, beriefen sich diese mit Erfolg auf Verjährung.**

Die Klägerin beziffert ihren Schaden auf ca. 480.000 DM. Davon entfallen über 250.000 DM auf nicht mehr durchsetzbare Erstattungsansprüche gegen die Stadt L. Die Klägerin verlangt von den Beklagten Schadenersatz in Höhe eines Teilbetrages von 41.000 DM wegen Verletzung ihrer anwaltlichen Pflichten. Das Landgericht hat die Klage dem Grunde nach zur Hälfte für gerechtfertigt erklärt und sie hinsichtlich der anderen Hälfte abgewiesen. Es hat gemeint, die Beklagten seien für die Verjährung der Ansprüche verantwortlich. Indessen treffe die erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten der Klägerin ein gleicher Vorwurf. Deshalb sei die Haftung der Beklagten durch Mitverschulden gemindert.

Die Klägerin hat den bisherigen Prozeßbevollmächtigten daraufhin den Streit verkündet; diese sind auf ihrer Seite dem Rechtsstreit beigetreten.

Auf die Berufung der Klägerin und ihrer Streithelfer hat das Oberlandesgericht die Teilklage dem Grunde nach (ohne Einschränkung) für gerechtfertigt erklärt. Die Berufung der Beklagten hat es zurück- und eine negative Feststellungswiderklage abgewiesen. Dagegen wenden sich die Beklagten mit ihrer Revision.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel führt zur Teilaufhebung und Zurückverweisung.

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Anwaltsauftrag sei nicht nur dem Beklagten zu 1), sondern der Anwaltssozietät, der er angehöre, erteilt worden. Ungeachtet der Beendigung des Mandats während noch laufender Verjährungsfrist hätten die Beklagten ihre anwaltlichen Pflichten schuldhaft verletzt, indem sie es unterlassen hätten, die Anspruchsverjährung selbständig zu prüfen und ihren Eintritt zu verhindern. Durch die Einschaltung der Streithelfer der Klägerin noch vor der Verjährung sei der Ursachenzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden nicht unterbrochen worden. Der Klägerin sei mit einer für den Erlaß eines Grundurteils hinreichenden Wahrscheinlichkeit ein Schaden entstanden. Ein eigenes Mitverschulden treffe die Klägerin nicht; eine Pflichtverletzung der Streithelfer müsse sie sich nicht anrechnen lassen. Allenfalls hafteten die Beklagten und die Streithelfer der Klägerin als Gesamtschuldner.

Diese Erwägungen halten den Angriffen der Revision stand.

1. Diese wehrt sich nicht ausdrücklich gegen die Auffassung des Berufungsgerichts, daß die Mandate allen Mitgliedern der Sozietät – und nicht nur dem Beklagten zu 1) allein – erteilt waren und daß demgemäß eine Pflichtverletzung allen Beklagten zuzurechnen ist. Insofern ist auch kein Rechtsfehler erkennbar (vgl. BGHZ 56, 355, 359 f.; BGH, Urt. v. 10. 3. 1988 – III ZR 195/86, WM 1988, 986 = GI 88, 204; Beschl. v. 7. 5. 1991 – XII ZB 18/91, NJW 1991, 2294; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 4. Aufl. Rdnr. I 161; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, 2. Aufl. § 10.2 u. § 36.1; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht 1989 Rdnr. 51).
2. Die Angriffe der Revision sind vornehmlich gegen die Annahme gerichtet, die Beklagten hätten sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht.

- a) **Daß die Ansprüche der Klägerin auf Erstattung der umlagefähigen Erschließungskosten der zweijährigen Verjährungsfrist nach § 196 Abs. 1 Nr. 1 BGB unterlagen** (vgl. BGH, Urt. v. 23. 6. 1981 – V ZR 148/80, NJW 1982, 325; ferner BGHZ 72, 229, 233; 74, 273, 275; 102, 167, 169; BGH, Urt. v. 12. 7. 1979 – VII ZR 159/78, NJW 1979, 2193; v. 12. 3. 1981 – VII ZR 117/80, NJW 1981, 1665, 1666), zieht die Revision allerdings nicht in Zweifel.

Sie erkennt auch nicht, daß **ein Rechtsanwalt nach gefestigter Rechtsprechung im Rahmen des ihm erteilten Anwaltsauftrages verpflichtet ist, den Auftraggeber allgemein, umfassend und möglichst erschöpfend zu belehren, seine Belange nach jeder Richtung wahrzunehmen und die Geschäfte so zu erledigen, daß Nachteile für ihn – soweit sie voraussehbar und vermeidbar sind – vermieden werden** (vgl. BGHZ 89, 178, 181 ff.; 97, 372, 376; BGH, Urt. v. 10. 3. 1988 – IX ZR 194/87, NJW 1988, 2113; v. 16. 5. 1991 – IX ZR 181/90, NJW 1991, 2079, 2080; v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, NJW 1992, 1159, 1160 = GI 92, 115). **Daraus folgt ohne weiteres die Verpflichtung, darauf zu achten, ob dem Mandanten wegen Verjährung ein Rechtsverlust droht, und dem durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken** (vgl. BGH, Urt. v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, NJW 1988, 1079, 1081 = GI 88, 164; v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91, NJW 1992, 820 = GI 92, 259).

- b) Dieser Verpflichtung sind die Beklagten nicht gerecht geworden.
- aa) Die Revision macht geltend, daß die Durchsetzbarkeit der Erstattungsansprüche durch das Gutachten eines Fachmannes, der zu einer dreißigjährigen Verjährungsfrist gelangt sei, habe geklärt werden sollen und daß die Beklagten selbst keine ausdrückliche Stellungnahme zu der Verjährungsfrage abgegeben hätten. Dadurch wird eine Pflichtverletzung indessen nicht in Frage gestellt.

Die Verjährungsfrage hatten die Beklagten in eigener Verantwortung zu prüfen. Der sodann als unrichtig zu erkennenden Rechtsauffassung des Gutachters, der über keine überlegene Sachkunde verfügte, hätten sie entgegentreten müssen. **Daß sie sich – wie sie behaupten – einer eigenen**

Stellungnahme enthalten haben, ist Ihnen also gerade als Pflichtverletzung vorzuwerfen.

- bb) Weiter wendet die Revision ein, eine Pflichtverletzung der Beklagten scheide deshalb aus, weil die Mandate zu einem Zeitpunkt beendet worden seien, als die Verjährung noch nicht eingetreten sei. Auch dies ist unzutreffend.

Daß die Verjährung noch nach Beendigung der Mandate hätte unterbrochen werden können, schließt eine Pflichtverletzung nicht aus. Die Revision hat gewiß recht, wenn sie darauf aufmerksam macht, daß die Beklagten, falls das Mandatsverhältnis bestehengeblieben wäre, „entsprechende Pflichten“ auch noch im letzten Quartal des Jahres 1988 hätten erfüllen können (vgl. dazu auch Rinsche, a.a.O. Rdnr. I 196). Das setzt indessen voraus, daß die Pflicht, Vorsorge gegen den Eintritt der Verjährung zu treffen, schon vor Mandatsbeendigung bestanden hat und nicht erfüllt worden ist.

Ein Anwalt, der von seinem Mandanten beauftragt wird, seine Rechte gegenüber einer Vielzahl von Schuldnern wahrzunehmen, und sich aus prozeßtaktischen Gründen dazu entschließt, zunächst nur einen oder einige wenige „Musterprozesse“ gegen einen oder einzelne Schuldner zu führen, ist verpflichtet, die Verjährung der Ansprüche gegen die übrigen Schuldner im Auge zu behalten und erforderlichenfalls zu verhindern. Hier sind also mehrere Pflichten zu unterscheiden. Die Pflicht zur Unterbrechung der Verjährung ist erst verletzt, wenn die Verjährung entweder bereits eingetreten ist oder so nahe bevorsteht, daß sie aus zeitlichen Gründen nicht mehr unterbrochen werden kann. Die Pflicht, Vorkehrungen zu treffen, damit es nicht zur Verjährung kommt, setzt indessen wesentlich früher an. Sie entsteht in der Regel spätestens dann, wenn ein Rechtsanwalt Dispositionen trifft, die das Risiko der Verjährung erhöhen. Das gilt zum Beispiel, wenn er lediglich eine Teilklage erhebt, für den nicht anhängig gemachten Teil der Forderung (vgl. RG Recht 1933 Nr. 728) oder, wenn gegenüber einem von mehreren Schuldnern eine „Musterklage“ erhoben wird, für die Ansprüche gegen die übrigen Schuldner. **Es entspricht deshalb anwaltlicher Sorgfalt, möglichst zugleich mit solchen Dispositionen dem im übrigen bestehenden Verjährungsrisiko vorzubeugen. Unterbleibt dies, so liegt darin eine Ursache für den späteren Eintritt der Verjährung.** Ein Anwalt, der schon dieser Pflicht zu vorbeugenden Maßnahmen nicht gerecht geworden ist, wird sich deshalb in der Regel nicht darauf berufen können, daß das Mandat vor Eintritt der Verjährung beendet worden ist und daß danach eine Unterbrechung der Verjährung noch möglich gewesen wäre (aber eben nicht stattgefunden hat).

Im vorliegenden Fall konnten die Beklagten bei Mandatsbeendigung nicht erwarten, daß die „Musterprozesse“ vor Eintritt der Verjährung – also binnen dreier Monate – abgeschlossen sein würden. Da die Beklagten bisher nichts unternommen hatten, um die nicht rechtshängig gemachten Ansprüche vor einer Verjährung zu sichern, hätten sie jedenfalls jetzt – bei Beendigung der

Mandate – die Streithelfer, falls diese die Mandate der Beklagten in vollem Umfang fortführten, andernfalls die Klägerin auf den drohenden Eintritt der Verjährung hinweisen müssen. Das haben sie fahrlässig unterlassen.

3. Wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, **wird der Ursachenzusammenhang zwischen der vorstehend dargelegten Pflichtverletzung und dem Schadeneintritt nicht dadurch „unterbrochen“, daß die nunmehrigen Streithelfer der Klägerin die Mandate – angeblich in vollem Umfang – aufnahmen und ebenfalls nicht für eine Unterbrechung der Verjährung sorgten.**

Eine „Unterbrechung des Ursachenzusammenhangs“ kommt nur dann in Betracht, wenn ein Dritter in völlig ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den schadenträchtigen Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt (BGH, Urt. v. 14. 3. 1985 – IX ZR 26/84, NJW 1986, 1329, 1331 = GI 18/85 Anm. Reithmann EWIR 1985, 293; v. 7. 1. 1988 – IX ZR 7/87, NJW 1988, 1263 Anm. Reithmann WuB VIII A. § 19 BNotO 1.88). Davon kann hier nicht ausgegangen werden. Vielmehr haben die Streithelfer der Klägerin allenfalls den gleichen Fehler gemacht wie die Beklagten.

4. Auch in der Ablehnung eines Mitverschuldens hält das Berufungsurteil den Angriffen der Revision stand.

a) Die Revision weist darauf hin, daß die Klägerin nach Beendigung des Mandatsverhältnisses mit den Beklagten durch die Erhebung der Verjährungseinrede in einem der rechtshängigen Verfahren einen deutlichen Hinweis auf die Zweifelhaftigkeit der von den Beklagten zugrunde gelegten Verjährungsregelung erhalten habe; die Klägerin sei verpflichtet gewesen, dem nachzugehen. Das gelte jedenfalls dann, wenn sie – wie sie behaupte – den Streithelfern vorerst nur Mandate in den Klagverfahren erteilt gehabt habe. Außerhalb des neuen Mandatsverhältnisses habe die Klägerin eine größere Eigenverantwortung gehabt.

Dieser Ansicht tritt der Senat nicht bei. War die Klägerin, als sie von der Erhebung der Verjährungseinrede erfuhr, außerhalb der Klagverfahren ohne anwaltlichen Beistand, so folgt daraus nicht, daß sie die in eigenen Angelegenheiten aufzubringende Sorgfalt vernachlässigt hat, wenn sie es nunmehr unterließ, für die nicht rechtshängigen Sachen prüfen zu lassen, ob etwa verjährungsunterbrechende Maßnahmen erforderlich sind. Sie durfte davon ausgehen, daß die Beklagten diese Frage untersucht hatten und zu einem negativen Ergebnis gelangt waren. Soweit es um die rechtliche Bearbeitung des Falles geht, kommt ein Mitverschulden des Mandanten nicht in Betracht (BGH, Urt. v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91 a.a.O.; Rinsche, a.a.O. Rdnr. 1 247; Vollkommer, a.a.O. Rdnr. 417).

b) Das Berufungsgericht hat es für möglich gehalten, daß auch den Streithelfern der Klägerin eine schuldhafte Pflichtverletzung vorzuwerfen ist; es

hat es aber abgelehnt, diese der Klägerin zuzurechnen. Das hält die Revision für falsch, weil die Klägerin und ihre Erfüllungsgehilfen, die Streithelfer, bis Ende des Jahres 1988 gehalten gewesen seien, ein Versehen der Beklagten, das sich noch nicht ausgewirkt gehabt habe, zu korrigieren. Da das Berufungsgericht insofern nichts festgestellt hat, ist zugunsten der Revision zu unterstellen, daß die Streithelfer durch die Klägerin von Anfang an in demselben Umfang beauftragt waren wie die Beklagten und ihrerseits durch schuldhafte Pflichtverletzung zum Schadeneintritt beigetragen haben. **Sind nacheinander Rechtsanwälte tätig geworden, von denen der erste Rechtsanwalt einen Fehler begangen hat, der vom zweiten nicht erkannt oder doch nicht behoben worden ist und dadurch zu einer Schädigung des Mandanten geführt hat, so ist fraglich, ob sich der den ersten Anwalt in Anspruch nehmende Mandant das Verschulden seines zweiten Anwalts anspruchsmindernd oder gar – ausschließend gemäß §§ 254 Abs. 2 278 BGB entgegenhalten lassen muß.**

Der Revision ist zuzugeben, daß diese Frage vom VI. Senat des Bundesgerichtshofs (vgl. Urt. v. 25. 6. 1974 – VI ZR 18/73, NJW 1974, 1865, 1867; ebenso schon RGZ 167, 76, 80 ff.) bejaht worden ist. Bei den Instanzgerichten (vgl. OLG Hamm VersR 1982, 1057; OLG Düsseldorf MDR 1985, 233, 234) und im Schrifttum (vgl. Borgmann/Haug, a.a.O. § 30 Bd. 2; Rinsche, a.a.O. Rdnr. I 200; Borgmann AnwBl. 1988, 477, 479) hat diese Auffassung Zustimmung gefunden (a. A. Vollkommer, a.a.O. Rdnr. 324 ff. u. 369 ff.).

Der erkennende Senat, der inzwischen für die Anwaltshaftung zuständig ist, hat einen vergleichbaren Fall bislang noch nicht zu entscheiden gehabt. Er hat jedoch ausgesprochen, daß verschiedene Personen, die jeweils unabhängig voneinander eine Ursache für einen Schaden gesetzt haben, grundsätzlich auch dann als Gesamtschuldner haften, wenn es sich bei den möglichen Schädigern um verschiedene Organe der Rechtspflege – einen Rechtsanwalt und einen Notar – handelt. Weder darf sich der Rechtsanwalt auf die von Amts wegen bestehenden Prüfungs- und Belehrungspflichten des Notars verlassen noch darf der Notar von der Erfüllung der ihm obliegenden Prüfungs- und Belehrungspflichten gegenüber den anwaltlich beratenen Beteiligten absehen, solange nicht feststeht, daß diese tatsächlich umfassend informiert sind (BGH, Urt. v. 10. 5. 1990 – IX ZR 113/89, NJW 1990, 2882, 2884). In ähnlicher Weise hat der Senat die Pflichtenkreise von Rechtsanwälten unterschieden, von denen der eine als Prozeßbevollmächtigter und der andere als Verkehrsanwalt tätig wurden. Er hat die rechtliche Selbständigkeit der Mandate betont und hierzu bemerkt, keiner der beiden Anwälte sei in seinem Pflichtenkreis als Erfüllungsgehilfe des anderen im Sinne von § 278 BGB tätig (BGH, Urt. v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, NJW 1988, 1079, 1082; v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87, NJW 1988, 3013, 3014; v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91, NJW 1992, 836, 837).

Bei nacheinander tätigen Rechtsanwälten ist die Lage nicht von vornherein anders. Zwar ist nicht zu bestreiten, daß den Mandanten nach Eintritt des schädigenden Ereignisses die Obliegenheit treffen kann, den Schaden abzuwen-

den oder zu mindern (§ 254 Abs. 2 Satz 1 BGB). Dabei findet § 278 BGB entsprechende Anwendung (§ 254 Abs. 2 Satz 2 BGB). Die Auffassung, auf die sich die Revision stützt, berücksichtigt aber nicht hinreichend, daß dies nur dann gelten kann, wenn ein Geschädigter sich der Hilfsperson zur Erfüllung eines Gebotes des eigenen Interesses bedient (BGHZ 3, 46, 49 f; 36, 329, 338; BGH, Urt. v. 23. 6. 1965 – VIII ZR 201/63, NJW 1965, 1757, 1759; v. 29. 10. 1975 – VIII ZR 103/74, Betrieb 1975, 2426). Für die Zurechnung des Verschuldens eines Dritten im Rahmen des § 254 Abs. 2 Satz 2 BGB ist also stets erforderlich, daß der Geschädigte einem derartigen Gebot unterliegt.

Das ist hier nicht der Fall. Wie oben bereits ausgeführt, durfte sich die Klägerin darauf verlassen, daß die Beklagten die Rechtslage umfassend geprüft und eine Notwendigkeit, zur Unterbrechung der Verjährung tätig zu werden, zutreffend ausgeschlossen hatten. Die Klägerin hatte deshalb aus ihrer Sicht vorerst keinen Anlaß, hinsichtlich der nicht rechtshängig gemachten Ansprüche irgendetwas zu unternehmen. Falls sie gleichwohl die Streithelfer auch insoweit beauftragt haben sollte, hätte sie ein besonderes Maß an Vorsicht an den Tag gelegt. Das darf ihr nicht zum Nachteil gereichen.

Ob etwas anderes zu gelten hat, wenn der zweite Anwalt von dem Mandanten dazu bestellt wird, einen erkannten oder für möglich gehaltenen Fehler des ersten zu beheben, braucht der Senat nicht zu entscheiden. Denn einen derartigen Sachverhalt hat das Berufungsgericht – von der Revision nicht beanstandet – ausgeschlossen.

II.

Das Berufungsgericht hat eine Ersatzpflicht der Beklagten auch insoweit bejaht, als der Klägerin gegenüber der Stadt L. zustehende Erstattungsansprüche inzwischen verjährt sind. Es hat dahingestellt sein lassen, ob die Beklagten überhaupt beauftragt waren, Ansprüche gegen die Stadt L. zu prüfen und durchzusetzen. Hätten die Beklagten die Klägerin in den anderen Fällen, auf die sich das Mandat unstreitig erstreckt habe, über die zu beachtende Verjährungsfrist (zutreffend) beraten, wäre die Klägerin nach Meinung des Berufungsgerichts insgesamt – also auch bezüglich der gegen die Stadt L. gerichteten Ansprüche – tätig geworden. Der Schaden, welcher der Klägerin dadurch entstehe, daß sich nun auch die Stadt L. auf Verjährung berufe, wäre dann vermieden worden.

Diese Ausführungen rügt die Revision mit Recht als fehlerhaft.

1. **Ersatz kann nur für solche Schadensfolgen verlangt werden, die innerhalb des Schutzbereichs der verletzten Norm liegen.** Dieser Grundsatz gilt in gleicher Weise für die Verletzung vertraglicher Pflichten; auch hier sind nur solche Nachteile zu ersetzen, zu deren Abwendung die verletzte Vertragspflicht übernommen worden ist (BGH, Urt. v. 30. 1. 1990 – XI ZR 63/89, NJW 1990, 2057, 2058 = RPK U 913/90; v. 17. 10. 1990 – IV ZR 187/89, NJW-RR 1991, 627,

629). Waren die Ansprüche gegen die Stadt L. von dem Mandat der Beklagten nicht umfaßt, richtete sich die vertragliche Hauptpflicht nicht darauf, Ansprüche gegen die Stadt zu sichern und durchzusetzen.

2. Das Berufungsgericht entnimmt allerdings dem Mandatsvertrag die Nebenpflicht, den Mandanten darauf hinzuweisen, daß neben den Ansprüchen, die unstreitig Gegenstand des Auftrags waren, auch solche gegen die Stadt L. zu verjähren drohten.

Das ist – wie der Revision zuzugeben ist – rechtsirrig. Ob eine Beratungspflicht immer „nur in den Grenzen des konkreten Mandats“ besteht (vgl. BGH, Urt.v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86, NJW 1988, 1079, 1080 f.), mag offenbleiben. Sie scheidet jedenfalls dann aus, wenn der mögliche Gegenstand der Beratung bei der Auftragserteilung ausdrücklich ausgeklammert worden ist. Nach dem Vortrag der Beklagten – von dem in der Revisionsinstanz auszugehen ist – war ihnen ein Mandat hinsichtlich der Ansprüche gegen die Stadt L. mit Bedacht nicht übertragen worden, weil der Beklagte zu 1) als Mitglied des Rates der Stadt nicht in einen Interessenwiderstreit geraten sollte. Dann waren sie auch nicht verpflichtet, die Klägerin insoweit zu beraten. Daran ändert nichts, daß es sich bei der Verfolgung der Ansprüche auf Erstattung der Erschließungskosten um einen „einheitlichen Sachkomplex“ gehandelt haben soll (woraus die Ansprüche gegen die Stadt letztlich herührten, hat das Berufungsgericht nicht aufgeklärt).

Die Verjährung dieser Ansprüche liegt dann nicht im Verantwortungsbereich der Beklagten, selbst wenn ein adäquater Ursachenzusammenhang gegeben sein mag.

III.

Der Fehler des Berufungsgerichts betrifft nur die Abweisung der Widerklage.

1. Das Grundurteil zur Klage ist rechtsfehlerfrei ergangen.

Auch bei einer Teilklage ist eine Vorabentscheidung über den Grund (§ 304 ZPO) möglich, weil der Streitgegenstand quantitativ umgrenzt ist. **Setzt sich der Gesamtanspruch aus mehreren selbständigen Forderungen zusammen, die in einer bestimmten Reihenfolge der Teilklage zugrunde gelegt werden, und sind einzelne Forderungen schlechthin auch dem Grunde nach – unbegründet, so kann – anders als im Falle der Klagehäufung (vgl. BGHZ 89, 383, 388) – gleichwohl ein Grundurteil ergehen, sofern zu erwarten ist, daß dem Kläger jedenfalls auf die anderen Forderungen im Nachverfahren ein Betrag zuzusprechen sein wird** (vgl. BGH, Urt.v. 28. 5. 1968 – VI ZR 37/67, NJW 1968, 2105 f.). Das ist im vorliegenden Fall bei dem Verhältnis der Werte der möglicherweise unbegründeten Einzelforderung (ca. 250.000 DM) zu dem Gesamtschaden (ca. 480.000 DM) und der Höhe der Teilklage (41.000 DM) zu bejahen.

2. Das Berufungsgericht ist offensichtlich davon ausgegangen, daß die Stadt L. zu den „64 Erwerbern“ gehört, denen gegenüber die Klägerin Rechtsverluste infolge Verjährung erlitten haben will. Falls dies zutrifft und die Beklagten wegen der nicht mehr durchsetzbaren Ansprüche der Klägerin gegenüber der Stadt L. keinen Schadenersatz schulden, kann die Widerklage nicht in vollem Umfang abgewiesen werden.

IV.

In dem Umfang, in dem die Klägerin einen Rechtsverlust gegenüber der Stadt L. den Beklagten zur Last legt, ist die Abweisung der Widerklage somit aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung zurückzuverweisen.

Dabei wird das Berufungsgericht zunächst zu prüfen haben, ob die angeblichen Ansprüche der Klägerin gegen die Stadt L. überhaupt Gegenstand der Widerklage sind.

In der Klageschrift ist nur davon die Rede, daß gegen einen Teil von insgesamt 64 „Anliegern“ oder „Erwerbern“ wegen schuldhafter Pflichtverletzung der Beklagten Ansprüche nicht mehr durchsetzbar seien. Auch die Widerklage bezieht sich nur auf „Erschließungskostenerstattungsansprüche für das Bebauungsgebiet L. – Land Nr. 8 gegen insgesamt 64 Erwerber“. Wieso die – in der Klageschrift noch gar nicht erwähnte – Stadt L. zu den „Anliegern“ oder „Erwerbern“ gehöre, wird nicht deutlich. Zur näheren Bestimmung der erhobenen Teilklage wurde auf eine – als Anlage zur Klageschrift vorgelegte – „Aufstellung über die offenen Forderungen gegen die einzelnen Erwerber“ Bezug genommen. In dieser Liste ist aber die Stadt L. nicht erkennbar aufgeführt.

Andererseits hat die Klägerin vorgetragen, daß sie dem Beklagten zu 1) für dessen anwaltliche Tätigkeit „eine Gesamtaufstellung der schon bekannten Art“ übergeben habe, „in der einzeln aufgeführt“ gewesen sei, „was die einzelnen Erwerber einschließlich der Stadt L. bereits gezahlt“ gehabt hätten „und was sie ... noch (hätten) zahlen“ müssen. Laut Berichterstattevermerk hat die Klägerin im Termin der mündlichen Verhandlung über die Berufung nochmals vorgebracht, daß „in dem geltend gemachten Gesamtschaden ... auch ein gegen die Stadt L. nicht mehr durchsetzbarer Anspruch enthalten“ sei; dieser belaufe sich auf über 200.000 DM. Dieser Vortrag war offensichtlich unstreitig. Bereits in der Klageerwiderung haben sich die Beklagten dagegen verwahrt, Mandate gegen die Stadt L. übernommen zu haben. Im übrigen haben sie – in den nicht nachgelassenen Schriftsätzen vom 2. und 24. 4. 1992 – der Klägerin darin zugestimmt, daß „ein wesentlicher Betrag (der geltend gemachten Schadenersatzansprüche) ... auf die angeblichen Mandate gegen die Stadt L. entfalle“. Dem wird das Berufungsgericht nachgehen müssen.

Sollte die Widerklage auch Ansprüche der Klägerin gegen die Stadt L. erfassen, wird das Berufungsgericht Feststellungen dazu treffen müssen, ob die Beklagten insoweit beauftragt waren und woraus sich diese Ansprüche ergeben.

Steuerberaterhaftung

- Verjährungsfrist
- Verjährungsbeginn
- Fristablauf, § 55 Abs. 5 EStG a. F.
- Schadeneinheit
- Korrekturarbeiten
- Anmerkung

(BGH, Urt. v. 29. 4. 1993 – IX ZR 109/92)

Leitsatz:

Die Verjährungsfrist für den Schadenersatzanspruch gegen einen Steuerberater beginnt auch dann frühestens mit dem Erlaß des dem Mandanten nachteiligen Steuerbescheids, wenn der Steuerberater die Versäumung einer Ausschlußfrist verschuldet hat.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der aus einem Verhalten des Steuerbersaters erwachsene Schaden ist als Einheit anzusehen, wenn beim ersten Schaden mit weiteren Nachteilen zu rechnen ist.
2. Prüfungs- und Korrekturarbeiten des neuen Steuerbersaters können adäquat und zurechenbar Folge einer fehlerhaften Steuerberatung sein.

Aus den Gründen:

.....

3. a) Das Berufungsgericht hält – im Gegensatz zum LG – den mit der Feststellungsklage geltendgemachten Schadenersatzanspruch des Klägers gemäß § 68 StBerG für verjährt. Der Schaden sei bereits mit der Versäumung der Ausschlußfrist des § 55 Abs. 5 EStG (31. 12. 1975) entstanden. Mit dem Fristablauf habe sich die steuerliche Situation des Klägers endgültig verschlechtert, und es sei nur eine Frage der Zeit gewesen, wann die zusätzlich Steuerzahlung infolge Geschäftsaufgabe tatsächlich habe geleistet werden müssen. Die zeitlich später erfolgte Betriebsaufgabe bedeute nur eine Vertiefung und Aktualisierung des bereits vorher eingetretenen Schadens.
- b) Diese Begründung trägt die Klageabweisung nicht. Der Schadenersatzanspruch ist nicht verjährt. Nach der Rechtsprechung des Senats **beginnt die Verjährung eines Schadenersatzanspruchs gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, regelmäßig frühestens mit Zugang des belastenden Steuerbescheids** (Urteile

v. 2.7.1992 – IX ZR 268/91 – BGHZ 119, 69 = GI 92, 311 = VersR 92, 1414 = WM 92, 1738 [1739 f.]; v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92 – VersR 93, 443 = GI 93, 79 = WM 93, 510 [513 f.]; v. 10.12.1992 – IX ZR 54/92 – GI 93, 187 = VersR 93, 446 = WM 93, 703 [704]). Der Steuerpflichtige hat grundsätzlich noch keine Vermögenseinbuße erlitten, solange sich der Beratungsfehler nicht in einem belastenden Bescheid der Finanzbehörde ausgewirkt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hängt die Entstehung des Schadens häufig noch von vielen ungewissen Umständen ab. **So war es hier** – insbesondere bei Erlass eines für den Grundbesitz des Klägers ungünstigen Bebauungsplans – **jedenfalls nicht von vornherein ausgeschlossen, daß bei einer Betriebsaufgabe der Verkehrswert den nach § 55 Abs. 2 EStG ermittelten Wert nicht überschritt und der Kläger einer Steuer Mehrbelastung infolge von Gewinnen aus Entnahme oder Veräußerung von Grund und Boden nicht unterlag.** Darauf hat bereits das LG zutreffend hingewiesen.

Ähnlich wie in Fällen einer **mangelhaften Gestaltungsberatung**, die zum Abschluß eines für den Auftraggeber nachteiligen Gestaltungsvertrags führt (vgl. BGH v. 2.7.1992 a.a.O.; v. 10.12.1992 a.a.O.), ist deshalb auch im Streitfall der Schaden nicht bereits mit dem Ablauf der Ausschußfrist eingetreten, sondern er entsteht frühestens mit Erlass des Steuerbescheids, in dem ein Gewinn aufgrund der Betriebsaufgabe wegen einer darinliegenden Entnahme oder Veräußerung von bis dahin gärtnerisch genutzten Grundstücken steuerschädlich berücksichtigt wird. Da ein solcher Steuerbescheid noch nicht erlassen ist, besteht bisher nur das Risiko, daß infolge des fehlerhaften Verhaltens des Erblassers ein Schaden entsteht. Darin liegt lediglich eine Gefährdung, aber noch keine Verschlechterung des Vermögens.

- c) Ein auf die fehlerhafte Beratung durch den Erblasser zurückzuführender **finanzieller Nachteil des Klägers könnte allenfalls dadurch eingetreten sein, daß er den Steuerberater K. mit der Überprüfung betraute und ihm dafür mit Rechnung vom 1. 6. 1989 Kosten angelastet wurden.** Da für den Beginn der Verjährungsfrist der aus einem bestimmten Verhalten erwachsene **Schaden als Einheit** anzusehen ist, soweit schon beim Auftreten des ersten Schadens bei verständiger Würdigung mit weiteren wirtschaftlichen Nachteilen gerechnet werden kann, könnte der Lauf der Verjährungsfrist auch für das mit der Feststellungsklage verfolgte Schadenersatzbegehren bereits mit dem **Entstehen des Gebührenanspruchs des Steuerberaters K. eingesetzt haben, sofern dieser Anspruch als adäquate und zurechenbare Folge der Pflichtverletzung des Erblassers zu werten ist** (vgl. BGH v. 3.12.1992 a.a.O.). Auch dann wäre der Klageanspruch jedoch nicht verjährt. Der neue Steuerberater stützt seine Kostennote auf „Beratung in Sachen Grundstücksbesteuerung in der Zeit vom 18.10.1988 bis 30.4.1989“. Da die vorliegende Klage am 5.12.1990 erhoben worden ist, wäre eine Verjährung in jedem Fall unterbrochen (§ 209 Abs. 1 BGB).

4. Danach kann das Berufungsurteil keinen Bestand haben, soweit es die Feststellungsklage abgewiesen hat. In diesem Umfang ist die Sache zur Endentscheidung reif, so daß das Revisionsgericht in der Sache selbst zu entscheiden hat (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO). Die Feststellungsklage ist begründet, weil dem Kläger aus der pflichtwidrigen Handlung des Erblassers mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ein Schaden entstehen wird, den der Kläger ersetzt verlangen kann. Das ist zwischen den Parteien unstreitig.

II.

1. Den Zahlungsanspruch hat das Berufungsgericht dem Kläger mit der Begründung abgesprochen, es könne nicht ohne weiteres unterstellt werden, daß die vom Erblasser begangene Pflichtverletzung bei der Versäumung der Ausschußfrist des § 55 Abs. 5 EStG auch den durch die Korrekturarbeiten des neuen Steuerberaters entstandenen Schaden verursacht habe. Der Kläger habe nicht vorgetragen, daß die Korrekturarbeiten und die damit verbundenen Kosten zwingend erforderlich gewesen seien, um die Pflichtverletzung des Erblassers aufzudecken. Selbst wenn man zugunsten des Klägers in den Korrekturkosten einen vorhersehbaren Folgeschaden sehen würde, wäre ein solcher Anspruch ebenfalls nach § 68 StBerG verjährt.
2. Diese Ausführungen beruhen auf Rechtsirrtum, soweit das Berufungsgericht einen Anspruch auf Kostenersatz für verjährt hält (vgl. oben zu I 3 b und c). Auch soweit das Berufungsgericht annimmt, der Kläger habe bislang nicht hinreichend dargetan, daß die Kosten des Steuerberaters K. auf die pflichtwidrige Handlung des Erblassers zurückzuführen seien, sind seine Ausführungen nicht rechtsfehlerfrei.

Überprüfungs- und Korrekturarbeiten können grundsätzlich adäquate und zurechenbare Folge einer fehlerhaften Steuerberatung sein (BGH v. 6. 2. 1985 – IVa ZR 82/83 – GI 20/85 = VersR 85, 571 [572] = NJW 85, 1964 [1965])¹

Freilich muß der Auftraggeber im einzelnen vortragen, daß die Kosten für derartige Arbeiten durch die pflichtwidrige Handlung hervorgerufen wurden. Der Kläger hat dargelegt, welche Leistungen der Steuerberater K. im Zusammenhang mit der Suche nach einem vom Erblasser gestellten Antrag nach § 55 Abs. 5 EStG erbrachte, und hat sich zum Beweis für die Angemessenheit der Kostenrechnung auf ein Gutachten der Steuerberaterkammer berufen.

Das Berufungsgericht hat sich damit nicht mit der gebotenen Differenzierung auseinandergesetzt. Es liegt nahe, daß zumindest das Schreiben des Steuerberaters K. v. 24. 10. 1988 und die Durchsicht der Akten im Finanzamt auf den Fehler des Erblassers zurückzuführen sind, so daß die Zahlungsklage wenigstens teilweise Erfolg hat.

3. Wegen der Zahlungsklage ist die Sache mithin an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, damit dieses die insoweit erforderlichen Feststellungen treffen kann.

Anmerkung:

Bemerkenswert an dem vom BGH entschiedenen Sachverhalt war, daß im Zeitpunkt des Fristablaufs gemäß § 55 Abs. 5 EStG noch nicht feststand, ob es zu einem für den Mandanten günstigen Erlaß eines Bebauungsplanes kam. Hier ist eine Vermögensgefährdung noch in weiter Ferne, worauf der 9. Zivilsenat zutreffend hinweist.

Bei der Versäumung vom Gericht gesetzter Fristen bleibt es für den Verjährungsbeginn beim Fristablauf. Nicht entscheidend ist der Zeitpunkt, in dem das Gericht über einen Wiedereinsetzungsgesuch entscheidet. (OLG Düsseldorf, Urt. v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91 – GI 1993, 211)

**Mittelverwendungskontrolle,
Treuhandvertrag**

- Verjährung, § 68 StBerG
 - Anlaß zur Belehrung über eigene Fehler
 - Verjährungsunterbrechung, Stufenklage
- (Kammergericht, Urt. v. 18. 6. 1993 – 15 U 2932/92)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Übernimmt ein Steuerberater Treuhandaufgaben, verjähren Schadensersatzansprüche gemäß § 68 StBerG.
2. Wirft der Treugeber dem Steuerberater unberechtigte Mittelfreigabe vor, beginnt die Verjährungsfrist mit der Freigabe der Mittel.
3. Der Mittelverwendungskontrolleur/Steuerberater ist für falsche Prognosen der Wirtschaftsentwicklung nicht verantwortlich.
4. Es besteht ein begründeter Anlaß zur Belehrung über Fehler in eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährung, wenn ein Hinweis von dritter Seite, in einem Urteil oder einem Schriftsatz gegeben ist.
5. Eine Auskunftsklage unterbricht nicht die Verjährung des Schadensersatzanspruchs, es sei denn, diese wird im Rahmen einer Stufenklage anhängig gemacht.
6. Der Vorwurf unzulässiger Rechtsausübung wird gegenüber der Verjährungseinrede zu Recht erhoben, wenn ein treuwidriges Verhalten des Regreßschuldners gegeben war. Bloßes Nichtstun begründet kein Vertrauen auf die Nichterhebung der Verjährungseinrede.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Beklagten hat auch in der Sache Erfolg. Sie führt zur Abweisung der Klage.

Dahinstehen kann, ob der von der Klägerin geltend gemachte und ihr vom Landgericht zugesprochene Schadenersatzanspruch besteht, mit dem sie von der Beklagten die Erstattung ihrer Beteiligung von 63.000,- DM an der D. Oil- und Gas-GmbH & Co. Betriebs KG abzüglich der Ausschüttungen von 12.700,- DM, also 50.300,- DM verlangt. Ein solcher Anspruch ist jedenfalls verjährt.

Die Verjährungsfrist ergibt sich aus § 68 StBerG und beträgt 3 Jahre von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

Zwar ist in § 6.1 des zwischen der Klägerin und der Beklagten im April 1983 abgeschlossenen Treuhandvertrag vorgesehen, daß Ansprüche gegen den Treuhänder wegen Verletzung seiner gesellschaftsrechtlichen und treuhänderischen Obliegenheiten bereits in einem Jahr verjähren. Diese Bestimmung verstößt jedoch gegen § 11 Nr. 7 und § 9 AGBG. Danach ist sowohl ein Haftungsausschluß als auch eine Haftungsbegrenzung verboten. Letztere kann auch in einer Verkürzung der gesetzlich vorgesehenen Verjährungsfrist liegen (vgl. Palandt-Heinrichs, BGB, 52. Aufl. § 11 AGBG Rdn. 37).

Ebenso kommt im vorliegenden Falle nicht die kurze Verjährungsfrist von sechs Monaten für Ansprüche aus Prospekthaftung in Betracht. Denn vorgeworfen wird der Beklagten von der Klägerin eine Verletzung der Mittelverwendungskontrolle, also eine Aufgabe, die die Beklagte in der mit der D. Betriebs KG abgeschlossenen „Vereinbarung über die Führung eines Treuhandkontos mit Mittelverwendungskontrolle“ übernommen hatte und die sie unter Beachtung der Interessen der atypischen stillen Gesellschafter auszuführen hatte (vgl. dazu BGH in RPK 1992, 1108, 1110).

Entgegen der Meinung der Klägerin kann auch nicht auf die fünfjährige Frist c' § 51 a WPO abgestellt werden. **Die Beklagte hat als Steuerberatungsunternehmen die Treuhandaufgaben mit steuerlichen Hintergründen im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit übernommen und ausgeübt.** Eine derartige treuhänderische Tätigkeit für Kapitalanleger gehört zum typischen Berufsbild eines Steuerberatungsunternehmens. Deshalb wendet der BGH bei solchen Tätigkeiten auf Steuerberater die dreijährige Verjährungsfrist, auf Wirtschaftsprüfer dagegen die fünfjährige Frist des § 51 a WPO an (BGHZ 97, 21, 25 = GI 86, 45; 100, 132, 134 = GI 87, 81; 102, 220, 222 ff = GI 88, 55; RPK 1992, 1108, 1111).

Die Frist des § 68 StBerG begann jeweils mit der der Beklagten als Vertragsverletzung vorgeworfenen Freigabe der Mittel zum Kauf der Ölquellenbeteiligungen. Von diesem Zeitpunkt ab hätte die Klägerin, weil sie in der Mittelfreigabe **das schädigende Ereignis** sieht, bereits eine Feststellungsklage erheben können, was genügt, um die Verjährungsfrist in Lauf zu setzen (BGHZ 96, 290, 294; 100, 228, 231). Da der letzte Kauf für die Tranche X, an der die Klägerin sich beteiligt

hatte, mit Wirkung zum 1. 7. 1984 stattfand, ist letztmalig an diesem Tage die Frist in Lauf gesetzt worden. Sie lief somit am 2. 7. 1987 ab. Für den Verjährungseintritt ist unbeachtlich, ob der Geschädigte Kenntnis von seinem Schaden und dem pflichtwidrigen Verhalten des Steuerberaters hatte (BGHZ 94, 380, 385 = GI 32/85 = NJW 1985, 2250).

Wird aber zugunsten der Klägerin unterstellt, daß durch die Mittelfreigabe und den dadurch ermöglichten Kauf der Ölquellenbeteiligungen den Anlegern ein Schaden entstanden ist, traf die Beklagte die Pflicht, die Anleger hinzuweisen, sobald sie ihren Fehler bemerkt oder einen begründeten Anlaß zur Überprüfung der Angelegenheit hatte. Verstieß sie gegen diese Pflicht schuldhaft, obwohl sie bei pflichtgemäßer Aufklärung den Verjährungseintritt und damit den Schaden noch selbst hätte verhindern können, besteht gegen sie aus diesem neuen Grunde ein Schadenersatzanspruch (BGHZ 94, 380, 386 ff; RPK 1992, 1111). Dieser sogenannte **Sekundäranspruch** läuft darauf hinaus, daß der Mandant nach § 249 BGB so zu stellen ist, wie er bei richtiger Belehrung stehen würde. Das bedeutet, daß sich der Steuerberater kraft des sekundären Schadenersatzanspruchs nicht auf die Verjährung des Primäranspruches berufen darf (BGH NJW 1982, 1285, 1287 = GI 8/82; BGHZ 94, 380, 385 = GI 32/85).

Hier ist noch nicht einmal ersichtlich, daß ein solcher Sekundäranspruch entstanden ist. Der Sekundäranspruch setzt eine neue schuldhafte Pflichtverletzung voraus, die zu einer Zeit begangen sein muß, in der der Regreßanspruch noch nicht verjährt war. **Hatte dagegen der Schädiger während der Verjährungsfrist keinen Anlaß, seine pflichtwidrige Schädigung des Vertragspartners zu erkennen und diesem zur Durchsetzung seiner Ansprüche zu verhelfen, beruht der Verjährungseintritt nicht auf seinem Verhalten** (BGHZ 94, 380, 388 = GI 32/85). So liegt der Fall hier. Dabei ist zu beachten, daß die Beklagte ihre Tätigkeit als Treuhänderin schon zum 30. 6. 1985 beendet hatte, was aus Gründen der Kostenreduktion in der außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 28. 6. 1985 auf Vorschlag des Geschäftsführers der Beklagten, G., so beschlossen worden ist. Nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin sind die Ausschüttungen, die sie bis dahin in Höhe von 12.700,- DM erhalten hatte, erst Ende 1985, also nach dem Ausscheiden der Beklagten, eingestellt worden. Nach Beendigung der Tätigkeit bestand für die Beklagte aber kein Anlaß und, da sie die Unterlagen ihrer Nachfolgerin, der H.T. AG überlassen hatte, auch keine Möglichkeit mehr, die Mittelfreigabe in den Jahren 1983/84 auf etwaige Fehler hin zu überprüfen. Es ist noch nicht einmal bekannt, ob die Beklagte nach ihrem Ausscheiden über den weiteren negativen Verlauf der betreuten Kapitalanlage unterrichtet worden war, bevor die Klägerin das Anwaltschreiben ihres namensgleichen Verwandten vom 14. 12. 1987 an die Beklagte richten ließ. In diesem Schreiben sind die ausgebliebenen Ausschüttungen noch nicht einmal erwähnt, sondern es werden nur Nachweise und Unterlagen verlangt. In diesem Zeitpunkt war ein etwaiger Primäranspruch aber schon verjährt. Nach dem Verjährungseintritt im Juli 1987 konnte ein Sekundäranspruch nicht mehr ausgelöst werden, weil eine

Belehrung über erkannte Fehler den Primäranspruch nicht mehr erhalten konnte (BGHZ 94, 380, 390 = GI 32/85).

Nach den Umständen des Falles mußte sich der Beklagten auch nicht aufdrängen, daß sie der Klägerin einen Schaden zugefügt haben könnte. Zwar konnte sie nicht davon ausgehen, daß Ansprüche der Klägerin aus der Mittelverwendungskontrolle von vornherein überhaupt nicht in Betracht kämen, weil sie die Vereinbarung darüber mit der D. Betriebs KG abgeschlossen hatte. Selbst wenn die Klägerin hieran nicht als Vertragspartnerin unmittelbar beteiligt war, so entfaltete die Vereinbarung über die Verwendung der von den atypischen stillen Gesellschaftern erbrachten Einlagen Rechte zugunsten der Anleger. Zum Beispiel heißt es in Ziff. 2.1 der Vereinbarung:

„Grundlage der Mittelverwendungskontrolle ist der Mittelverwendungsplan, der Bestandteil dieser Vereinbarung und des Angebotes ist, das D. seinen atypischen stillen Gesellschaftern unterbreitet.“

Zielte die Vereinbarung aber ihrem Inhalt nach gerade auf die Interessen der Anleger ab, dann handelte es sich, wenn nicht um einen echten Vertrag zugunsten der Anleger (BGH NJW-RR 1986, 1158), so doch zumindest um einen Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten der Anleger (BGH NJW 1984, 356; NJW-RR 1986, 485; Palandt-Heinrichs, BGB, 52. Aufl. Einf. vor § 328 Rdn. 1, 13). Die Anleger hatten zwar kein eigenes Recht, die Mittelverwendungskontrolle gegenüber der Beklagten durchzusetzen. Dagegen konnten den atypischen stillen Gesellschaftern aus einem Verstoß der Beklagten gegen die Obhuts- und Schutzpflichten Schadenersatzansprüche erwachsen.

Ob die Beklagte überhaupt gegen ihre Kontrollpflichten verstoßen hat, könnte nur nach Einholung eines Sachverständigengutachtens festgestellt werden. Gemäß Nr. 2.2.2 der Vereinbarung über die Führung eines Treuhandkontos mit Mittelverwendungskontrolle mußte der Beklagten vor dem Erwerb von Beteiligungen an produzierenden Erdöl- und/oder Erdgasquellen durch die jeweilige Limited Partnership ein Wertgutachten vorgelegt werden, das von einer führenden US-amerikanischen oder kanadischen petroleum reservoir analyst or energy consultants firm erstellt wurde und dessen Sachverständige von großen Kreditinstituten beauftragt werden. Dieses jeweilige Wertgutachten mußte nach banküblichen Beteiligungsgrundsätzen gefertigt werden und die Angemessenheit der Beteiligungsbedingungen bestätigen.

Die Beklagte hat dargelegt, welche Quellenbeteiligungen für die Anleger der Tranche X wann und zu welchem Preis angeschafft worden sind. Ferner liegen für jeden der sechs Käufe die Gutachten – inzwischen sogar in deutscher Übersetzung – vor, aus denen entgegen den Ausführungen im angefochtenen Urteil zu ersehen ist, für welche Quellen sie jeweils erstattet wurden.

Das Landgericht beanstandet mit der Klägerin weiterhin ohne Grund, daß die Gutachten teilweise erst nach dem Kauftermin erstattet worden seien. Denn die Käufe sind, wie die Beklagte vorgetragen hat, immer nach Vorliegen der Gut-

achten zu einem rückliegenden Monatsanfang getätigt worden. Es wäre auch kein Grund erkennbar, warum die kostspieligen Gutachten eingeholt, die Käufe dann aber ohne Rücksicht darauf vorweg vorgenommen worden sein sollten. Das am 18. 7. 1984 erstattete letzte Gutachten über die W-Vorkommen in T. ist auch ausdrücklich auf Stichtag vom 15. 4. 1984 erstattet worden.

Der Beklagte hat nunmehr durch die Schreiben der F.N. Bank v. 15. 7. 1983 und der C-Bank vom 14. 7. 1983 auch belegt, daß das für die Gutachten herangezogene Unternehmen S., W. und Associates, Inc. P. C. auch von diesen Großbanken in Anspruch genommen wurde, weil es zur Bewertung von Öl- und Gasvorkommen und -produktion die nötige Fachkunde besitzt.

Ob die Gutachten dennoch als Grundlage für die Käufe ungeeignet waren, hätte jedenfalls nicht ohne die Einholung eines Sachverständigengutachtens über die Behauptungen der Beklagten festgestellt werden können, daß die Gutachten eine Werthaltigkeit der Quellen ergaben und der Ankauf noch unter der finanzmathematischen Abzinsung der langfristigen Ertragsfähigkeit lag. Daraus folgt schon, daß eine etwaige Ungeeignetheit der Gutachten nicht auf der Hand lag. Im übrigen legten die bis 1985 vorgenommenen Ausschüttungen eher auch für die Beklagte die Annahme nahe, daß die Quellen gut produzierten und somit die Käufe und die Mittelfreigabe dafür nicht zu beanstanden waren.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß gemäß Ziff. 5 der Mittelverwendungskontrollvereinbarung die Beklagte bei der Führung des Anderkontos und bei der Kontrolle der Mittelverwendung nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit haftete. Diese Haftungsbegrenzung begegnet auch aus Gesichtspunkten des AGBG keinen Bedenken. § 11 Nr. 7 AGBG erklärt nur den Haftungsausschluß bzw. die Begrenzung von durch grobe Fahrlässigkeit begründete Schäden für unwirksam. Von einer groben Fahrlässigkeit der Beklagten kann aber angesichts der vorliegenden Gutachten und auch deshalb nicht die Rede sein, weil die Beklagte in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat zusätzlich die in Ölangelegenheiten renommierte Anwaltskanzlei R. & P. in M. eingeschaltet hatte und mit dem Anwalt R. jedes Gutachten und jeden Kauf durchgesprochen hatte.

Soweit die Klägerin im Berufungsverfahren sogar behauptet, das Geld sei überhaupt nicht zur Anschaffung von Quellenbeteiligungen ausgegeben worden, geschieht dies mutwillig und völlig ins Blaue hinein. Dem war nicht weiter nachzugehen.

Der Kauf der Beteiligungen kann auch nicht aus jetziger Sicht beurteilt werden. Selbst wenn die Klägerin dies bestreiten will, war der Hauptgrund dafür, daß die anfänglich bis Mitte 1985 erfolgten Ausschüttungen später ausblieben, die entgegen der Prognose verlaufene Entwicklung auf dem Ölmarkt und beim Dollarkurs. Hinzukommt allerdings ein hoher Verwaltungsaufwand in den USA und in Deutschland, um dessen Herabsetzung die Verantwortlichen der Gesellschaft sich schon in der Gesellschafterversammlung vom 28. 6. 1985 bemüht zeigten, was dann auch zu dem kostensparenden Treuhänderwechsel geführt

hatte. **Für falsche Prognosen der Wirtschaftsentwicklung war die Beklagte nicht verantwortlich.**

Ergab sich für die Beklagte bis Mitte 1985 noch nicht einmal ein Anhaltspunkt für die Überprüfung der Mittelverwendungskontrolle, dann konnte sie die Klägerin auch nicht über Schadenersatzansprüche innerhalb der Verjährungsfrist belehren. Eine erneute, den Sekundäranspruch auslösende Pflichtverletzung kann nur angenommen werden, wenn während des Laufs der Verjährungsfrist und vor Beendigung des Treuhandauftrages ein **begründeter Anlaß zur Belehrung über den Anspruch und dessen Verjährung etwa durch einen Hinweis von dritter Seite, ein Urteil oder einen Schriftsatz gegeben war** und die Belehrung dennoch unterblieben ist. Daß die Beklagte bis zu der Beendigung ihrer Tätigkeit einen solchen Anlaß hatte und worin dieser bestanden haben soll, trägt die Klägerin selbst nicht vor. Somit kann die Verjährung des Primäranspruchs nicht auf einer Verletzung vertraglicher Pflichten der Beklagten beruhen (BGH ZIP 1991, 589, 592 = GI 91, 171). Damit entfällt ein Sekundäranspruch.

Aber selbst wenn man einen solchen zugunsten der Klägerin unterstellt, wäre dieser im Juli 1990 von Klageeinreichung verjährt gewesen. Denn auch der Sekundäranspruch verjährt in drei Jahren, wobei insoweit keine Belehrungspflicht der Beklagten bestand (BGH NJW 1985, 2250 = GI 32/85; NJW-RR 1991, 92). Die Verjährungsfrist beginnt mit der Entstehung dieses Anspruchs im Augenblick der Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs (BGH NJW 1985, 2250 = GI 32/85 zu § 51 BRAO; NJW-RR 1991, 92; ZIP 1991, 589, 593 = GI 91, 171), so daß spätestens sechs Jahre nach dem letzten Kauf am 1. 7. 1984, also am 2. 7. 1990 alle Ansprüche verjährt waren. Eine **Verjährungsunterbrechung** durch die Einreichung des Antrages auf Erlaß eines Mahnbescheides am 3. 8. 1990 beim Amtsgericht München und durch die Zustellung des Mahnbescheides am 11. 8. 1990 war somit nicht mehr möglich.

Die im Jahre 1988 erhobene Auskunftslage – 20 O 125/88 LG Berlin – konnte die Verjährung des Leistungsanspruchs ebenfalls nicht unterbrechen (§ 209 Abs. 1 BGB; MüKo von Feldmann, BGB, 2. Aufl., § 209 Rdn. 2 und 8; Erman-Hefermehl, Handkommentar zum BGB, 9. Aufl., § 209 Rdn. 1). **Lediglich im Rahmen der Stufenklage tritt die unterbrechende Wirkung hinsichtlich des Leistungsanspruches auch schon mit der Stellung nur des Auskunftsanspruchs in der mündlichen Verhandlung ein** (BGH NJW 1975, 1409; Palandt-Heinrichs, a.a.O. § 209 Rdn. 2).

Der Beklagten war es auch nicht nach § 242 BGB verwehrt, sich auf die Verjährung des Sekundäranspruchs zu berufen. Allerdings kann auch ein unabsichtliches schuldloses Verhalten des Schuldners, das den Gläubiger berechtigterweise annehmen läßt, der Schuldner werde sich nur mit sachlich-rechtlichen Einwendungen gegen den Anspruch verteidigen, der Verjährungseinrede entgegenstehen. Der Vorwurf **unzulässiger Rechtsausübung setzt aber immer ein treuwidriges Verhalten voraus, ist also dann erfolglos, wenn der Schuldner überhaupt nichts tut und somit in dem Gläubiger auch kein Vertrauen auf die Nicht-**

erhebung der Verjährungseinrede erweckt (BGHZ 96, 290, 301 ff.). So verhält es sich hier. Die Beklagte hat die Klägerin nicht von einer rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten. Die mindestens seit Ende 1987 anwaltlich vertretene Klägerin hätte die erste Klage gleich in Form einer Stufenklage erheben können. Daran war sie nicht etwa dadurch gehindert, daß die Beklagte die erbetenen Auskünfte nicht sofort erteilte und Unterlagen nicht herausgab, sich vielmehr erst in einem im Berufungsverfahren am 24.1.1990 abgeschlossenen Vergleich dazu bereit fand. Die Klägerin hätte sich nicht auf die reine Auskunftsklage zu beschränken brauchen. Vielmehr ist durch die Stufenklage in den Fällen des § 254 ZPO gerade die Möglichkeit eröffnet worden, schon einen unbezifferten Leistungsanspruch rechtshändig zu machen, wenn die Bezifferung von der gleichzeitig als erste Stufe erhobenen Klage auf Auskunft oder Rechnungslegung abhängt. Gerade weil die Beklagte nicht sofort auf das Verlangen der Klägerin auf Auskunftserteilung eingegangen war, bestand für die Klägerin Anlaß, eine zur Verjährungsunterbrechung geeignete Klage zu erheben.

Steuerberaterhaftung

- Inhalt des Beratungsvertrages
- Kostennote
- Konkursantragspflicht

(OLG Schleswig, Urt. v. 28.5.1993 – 10 U 13/92 – n. rkr.
Revision zum BGH: IX ZR 126/93)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Sonderaufträge an den Steuerberater hat der Mandant darzulegen und zu beweisen.
2. Indiz für den Inhalt des Steuerberatungsvertrages stellt die Kostennote dar.
3. Der Steuerberater ist grundsätzlich nur zur steuerlichen Beratung verpflichtet. Der Hinweis auf eine Überschuldung und ein einzuleitendes Konkursverfahren liegt außerhalb des eigentlichen Bereichs der Steuerberatung. Sie ist eine originäre, nicht delegierbare Verpflichtung des GmbH-Geschäftsführers (§§ 63, 64 GmbH-Gesetz).

Den GmbH-Geschäftsführern ist im Regelfall aufgrund der Bilanzen eine bestehende Überschuldung bekannt. Die GmbH – Gemeinschaftsdnerin – muß sich das Verhalten der Geschäftsführer analog § 31 BGB zurechnen lassen.

4. Die Versäumnis der Geschäftsführer, Konkursantrag zu stellen, wiegt so schwer, daß der Verursachungs- und Verschuldensgrad ein etwaiges Verschulden des Steuerberaters weitaus überwiegt (§ 254 BGB).

Tatbestand:

Der Kläger macht als Konkursverwalter der Firma F. GmbH (im folgenden Gemeinschuldnerin genannt), über deren Vermögen am 1. 6. 1986 das Konkursverfahren eröffnet wurde, gegenüber der Beklagten im Wege der Teilklage einen Schadenersatzanspruch in Höhe von 250.000,- DM geltend.

Das Unternehmen der Gemeinschuldnerin war im Jahre 1972 in Rechtsform einer Offenen Handelsgesellschaft gegründet worden. Ab 1976 wurde das Unternehmen von R. C. in Form einer Einzelfirma betrieben. Im Jahr 1980 wurde das Unternehmen in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Neben R. C. waren seine Ehefrau und seine Söhne T. und S. C. Mitgesellschafter. Die Geschäfte der Firma führte R. C. Nachdem er 1985 verstorben war, übernahmen die beiden Söhne im Dezember 1985 die Geschäftsführung.

Die Beklagte war schon immer für das Bauunternehmen, mithin auch nach Gründung der Gemeinschuldnerin, als Steuerbevollmächtigte tätig. Die Aufgaben der Beklagten umfaßten die Ausführung aller steuerlichen Angelegenheiten sowie die Ausführung der Buchführung, die Erstellung der Jahresabschlüsse und der Steuererklärungen.

Im Verlaufe des Jahres 1984 trat eine bilanzielle Überschuldung der Gemeinschuldnerin ein. In diesem Jahr kamen zu dem Bilanzverlust des Geschäftsjahres 1983 in Höhe von 44.554,83 DM, der durch das Stammkapital von 50.000,- DM gedeckt war, ein Bilanzverlust in Höhe von 45.543,74 DM hinzu. In den Folgejahren erwirtschaftete die Gemeinschuldnerin ausweislich der von der Beklagten erstellten Gewinn- und Verlustrechnungen fortlaufend Verluste, nämlich:

1984: 45.574,- DM,
1985: 233.161,- DM,
1986: 80.314,- DM,
1987: 234.635,- DM.

Die Bilanzen wiesen durchgehend folgende aufgelaufene Bilanzverluste aus:

1984: 188.606,- DM,
1985: 278.705,- DM,
1986: 359.017,- DM
1987: 595.058,- DM.

Die Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen für die Jahre 1984 und 1985 hat die Gemeinschuldnerin im März 1987, die Bilanz für 1986 und – zumindest eine vorläufige Bilanz für das Jahr 1987 – im April 1988 erhalten. Zwischen den Parteien ist streitig, aus welchen Gründen die Bilanzen erst so spät erstellt worden sind.

Im Frühjahr 1988 kam es zu Mißstimmigkeiten zwischen den Geschäftsführern der Gemeinschuldnerin und der Beklagten. Die Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin beauftragten daraufhin den Steuerberater K. mit der Erstellung der Bilanz für das Jahr 1988. In diesem Jahresabschluß ist der Jahresfehlbetrag mit 258.591,61 DM, der aufgelaufene Bilanzverlust mit 853.650,06 DM beziffert. Der Steuerberater K. legte den Jahresabschluß für 1988 der Gemeinschuldnerin am 5. 3. 1989 vor. In dem Abschlußvermerk heißt u. a.:

„Wegen des ausgewiesenen Bilanzverlustes wurde die Überschuldung der Firma geprüft. Die Geschäftsführer wurden auf die Überschuldung hingewiesen und über ihre konkursrechtlichen Pflichten belehrt.“

Die Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin stellten daraufhin den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens. Durch Beschluß des Amtsgerichts Elmshorn vom 1. 6. 1989 ist das Konkursverfahren über das Vermögen der Gemeinschuldnerin eröffnet und der Kläger als Konkursverwalter bestellt worden.

Der Kläger nimmt die Beklagte auf Schadenersatz in Anspruch, weil sie es schuldhaft unterlassen habe, die Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin rechtzeitig auf die Überschuldung und die Pflicht zur Konkursanmeldung hinzuweisen.

Der Kläger hat im ersten Rechtszug vorgetragen:

Die Beklagte habe die ihr obliegenden steuerlichen und wirtschaftlichen Beratungspflichten gegenüber der Gemeinschuldnerin verletzt. Die materielle Überschuldung sei spätestens mit Beginn des Geschäftsjahres 1987 eingetreten. Die Beklagte habe die Gemeinschuldnerin nicht hinreichend deutlich auf die bilanzielle Überschuldung hingewiesen und auch nicht die Überprüfung der Überschuldung angeregt. Wäre die Beklagte ihrer Beratungspflicht nachgekommen, hätten die Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin schon Anfang 1987 den Konkursantrag gestellt und nicht erst im Jahr 1989. Infolge der Pflichtverletzung der Beklagten sei die Verschuldung allein in den Geschäftsjahren 1987 und 1988 auf 493.226,27 DM angewachsen. Insoweit sei der Gemeinschuldnerin ein Schaden entstanden, den die Beklagte ersetzen müsse. Mit der Klage hat der Kläger zunächst einen Teilbetrag in Höhe von 250.000,- DM geltend gemacht.

Der Kläger hat beantragt,
die Beklagte zu verurteilen, an ihn 250.000,- DM nebst 7,5 % Zinsen seit dem 8. 11. 1990 zu zahlen.

Die Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen.

Die Beklagte hat im ersten Rechtszug geltend gemacht:

Der Geschäftsführerin und der Mitgesellschafterin der Gesellschaft M. C. sei aufgrund der Erörterungen anläßlich der Bilanzbesprechungen klar gewesen, daß die Gemeinschuldnerin überschuldet und damit konkursreif gewesen sei.

Eines besonderen Hinweises auf die Überschuldung und die Konkursantragspflicht der Geschäftsführer sei deshalb nicht notwendig gewesen. Im übrigen sei der Gemeinschuldnerin kein Schaden entstanden. Ein Schaden sei allenfalls bei den Gläubigern der Gemeinschuldnerin eingetreten, zu denen die Beklagte keine Vertragsbeziehungen unterhalten habe.

Das Landgericht hat die Klage durch das am 24. 6. 1991 verkündete Urteil abgewiesen und in den Gründen im wesentlichen ausgeführt:

Die Beklagte habe weder gegen eine ihr obliegende wirtschaftliche Beratungspflicht noch gegen eine ihr obliegende allgemeine Belehrungs- und Hinweispflicht verstoßen. Selbst wenn man eine Pflichtverletzung der Beklagten unterstellen würde, so fehle es an der schadenbegründenden Kausalität der Pflichtverletzung. Im übrigen sei das Verschulden der Gemeinschuldnerin so hoch zu bewerten, daß das Verschulden der Beklagten nicht mehr ins Gewicht falle.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Vorbringens der Parteien im ersten Rechtszug und der Entscheidung des Landgerichts wird auf den Tatbestand nebst aller Verweisungen und die Entscheidungsgründe der angefochtenen Entscheidung Bezug genommen.

Gegen das am 1. 7. 1991 zugestellte Urteil hat der Kläger am 15. 7. 1991 Berufung eingelegt und diese nach Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist am 6. 1. 1992 fristgemäß begründet.

Der Kläger macht geltend:

Die Beklagte sei aufgrund des langjährigen bestehenden Vertragsverhältnisses zu einer umfassenden steuerlichen und wirtschaftlichen Beratung und Betreuung verpflichtet gewesen. Aufgrund des bestehenden Vertragsverhältnisses sei die Beklagte verpflichtet gewesen, die Gemeinschuldnerin auf eine bilanzielle Überschuldung hinzuweisen und die Überprüfung der Überschuldung nach den §§ 63, 64 GmbHG anzuregen. Diese Verpflichtung habe die Beklagte im März 1987 und im April 1988 verletzt. Die unstreitig unterlassenen Hinweise seien nicht entbehrlich gewesen. Bei den unstreitig stattgefundenen Bilanzbesprechungen sei es nur um die Zukunft des Unternehmens gegangen und nicht darum, daß im Grunde die Gemeinschuldnerin konkursreif sei. Den Geschäftsführern der Gemeinschuldnerin und der Mitgesellschafterin sei weder im März 1987 noch im April 1988 die Konkursreife des Unternehmens seitens des Mitarbeiters der Beklagten bewußt gemacht worden. Der Gemeinschuldnerin sei ein Schaden in Höhe des jeweiligen Jahresfehlbestandes entstanden.

Die von der Beklagten erhobene Verjährungseinrede greife nicht durch. Selbst wenn der Anspruch aus der im März 1987 begangenen schuldhaften Pflichtverletzung der Beklagten verjährt sei, könne der Schadenersatzanspruch auf die im April 1988 erfolgten Pflichtverletzung gestützt werden. Auch bei Übergabe der Bilanz für das Jahr 1986 und der Bilanz für das Jahr 1987 im April 1988

habe die Beklagte es unterlassen, auf die bilanzielle Überschuldung hinzuweisen. Allein aus dieser Pflichtverletzung resultiere ein Schaden in Höhe von 258.591,61 DM.

Im übrigen stehe der Gemeinschuldnerin wegen der im März 1987 erfolgten Pflichtverletzung ein unverjährter Sekundäranspruch zu, weil die Beklagte es unterlassen habe, die Gemeinschuldnerin auf den bestehenden Regreßanspruch gegen sich selbst hinzuweisen. Hierzu habe durchaus Veranlassung bestanden.

Der Kläger beantragt,
das angefochtene Urteil zu ändern und die Beklagte zu verurteilen, an ihn 250.000,- DM nebst 7,5 % Zinsen seit dem 8. 11. 1990 zu zahlen.

Der Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Die Beklagte macht geltend:

Ein etwaiger Schadenersatzanspruch sei verjährt. Im übrigen bestehe kein Schadenersatzanspruch, weil sie weder eine vertragliche Leistungspflicht noch eine nebenvertragliche Leistungspflicht verletzt habe. Sie sei nicht beauftragt gewesen, eine umfassende wirtschaftliche Beratung der Gemeinschuldnerin vorzunehmen. Es habe auch keines ausdrücklichen Hinweises auf die Überschuldung der Gemeinschuldnerin und keine Anregung gegenüber den Geschäftsführern zur Prüfung der Überschuldung und der sich möglicherweise daraus ergebenden Konkursantragspflicht bedurft, weil den Geschäftsführern und der Mitgesellschafterin die tatsächliche Überschuldung des Unternehmens bewußt gewesen sei. Der Schaden sei nicht schlüssig vorgetragen worden. Für die Begründung des Schadens reiche der Hinweis auf die Jahresfehlbeträge nicht. Vielmehr könne der Schaden allenfalls aus einem Vergleich der beiden Vermögenslagen der GmbH im Zeitpunkt einer (fiktiven) Konkursanmeldung Anfang 1987 und der tatsächlich erfolgten Konkursanmeldung im Juni 1989 abgeleitet werden. Für eine solche Schadenberechnung habe die Klägerin keine ausreichenden Anknüpfungstatsachen vorgetragen.

Der Senat hat gemäß Beweisbeschluß vom 29. 1. 1993 Beweis erhoben über den Inhalt der Besprechungen der Jahresabschlüsse 1984 bis 1987 durch Vernehmung der Zeugin M. C., C. S. C. und G. F. Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf die Sitzungsprotokolle vom 8. 3. 1993 Bezug genommen.

Hinsichtlich des weiteren Vorbringens der Parteien wird auf den Inhalt der in der Berufungsinstanz gewechselten Schriftsätze nebst den eingereichten Anlagen Bezug genommen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung waren.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Klägers ist nicht begründet.

1. Die Beklagte hat keine vertragliche Hauptleistungspflicht verletzt.

Zwischen der Gemeinschuldnerin und der Beklagten bestand unstreitig ein Steuerberatungsvertrag. Gegenstand dieses Dienst- und Werkleistungsvertrages – die Rechtsnatur des Vertrages kann dahingestellt bleiben – war nach dem unstreitigen Sachvortrag der Parteien in jedem Fall **die Durchführung der Buchführung, die Erstellung der Jahresabschlüsse sowie der Steuererklärungen**. Eine Schlechterfüllung dieser vertraglichen Hauptleistungspflichten behauptet der Kläger selbst nicht.

Der Kläger hat auch nicht ausreichend vorgetragen, daß die Beklagte eine Verpflichtung aus einem darüberhinaus bestehenden Beratungsvertrag verletzt hat. Er hat zwar behauptet, daß die Beklagte sich zusätzlich verpflichtet habe, der Gemeinschuldnerin eine umfassende wirtschaftliche Beratung zukommen zu lassen. **Das Bestehen einer solchen Sondervereinbarung** hat der Kläger, der für den Inhalt des dem Steuerberater erteilten Auftrages darlegungspflichtig ist (vgl. Baumgärtel, Handbuch der Beweislast, Bd. § 675 1f.; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdn. 286), **jedoch nicht ausreichend konkret vorgetragen**.

Eine **schriftliche Fixierung** eines derartigen umfassenden Beratungsvertrages ist unstreitig nicht vorhanden. Ein **Indiz** über den Inhalt der von dem Kläger behaupteten erweiterten Vertragsvereinbarung könnte eine **Kostennote** darstellen, wenn dort der angeblich erteilte Auftrag abgerechnet worden wäre (vgl. Gräfe/Lenzen/Rainer, a.a.O., Rdn. 284). Der Kläger hat jedoch nicht dargelegt, daß die Beklagte über die unstreitig geschuldeten Leistungen hinaus weitere Leistungen gegenüber der Gemeinschuldnerin abgerechnet hat.

Aus dem Umstand, daß die Beklagte im Jahre 1980 unstreitig an der Umwandlung der Einzelfirma in eine GmbH unter steuerrechtlichen – und möglicherweise auch – wirtschaftlichen Gesichtspunkten mitgewirkt hat, folgt nicht, daß sie sich rechtlich verpflichtet hat, auch in Zukunft der Gemeinschuldnerin eine wirtschaftliche Beratung in jeder Hinsicht angedeihen lassen, insbesondere die wirtschaftliche Existenzfähigkeit laufend zu prüfen und Entwicklungsprognosen zum wirtschaftlichen Wohlergehen der Gemeinschuldnerin zu erarbeiten.

2. Die Beklagte ist auch nicht aus dem allein noch in Betracht kommenden Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung des im übrigen unstreitig bestehenden Steuerberatungsvertrages zum Schadenersatz verpflichtet.

Es ist schon zweifelhaft, ob der Steuerberater einer GmbH, der er nach dem Vertrag allein zur Herstellung der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen und der Erstellung der Steuererklärungen verpflichtet ist, auf die bilanzielle Überschuldung und eine möglicherweise gegebene Konkursantragspflicht nach den §§ 63, 64 GmbH hinweisen muß. **Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist ein Steuerberater grund-**

sätzlich nur zur steuerlichen Beratung verpflichtet. Hierzu gehört auch eine umfassende Aufklärung über Vor- und Nachteile sowie Risiken in steuerlicher – nicht in wirtschaftlicher – Hinsicht (vgl. BGH WM 1980 S. 308, 309; WM 1982, S. 128). Der Hinweis auf eine Überschuldung und ein möglicherweise einzuleitendes Konkursverfahren liegt außerhalb des eigentlichen Bereichs der steuerlichen Beratung. Dies ergibt sich daraus, daß ein drohendes Konkursverfahren sich nach den Vorschriften der Konkursordnung und die Sanktionierung der unterlassenen Antragstellung durch den Geschäftsführer sich nach den Vorschriften des GmbHG und des StGB richten. Hinzu kommt, daß die **Überprüfung der Überschuldung nach den §§ 63, 64 GmbHG eine originäre, nicht delegierbare Verpflichtung des Geschäftsführers der GmbH ist.** Der Geschäftsführer muß diese Pflicht zwar nicht persönlich wahrnehmen; er kann sich der Arbeit eines Steuerberaters bedienen. Dies ändert aber nichts daran, daß es sich bei dem eingeschalteten Steuerberater um eine Hilfsperson handelt, der aufgrund eines von der Geschäftsführung gestaltbaren Auftrags tätig wird, der aber nicht etwa ohne weiteres die öffentlich-rechtlichen Pflichteninhalte übernimmt.

Gleichwohl wird die Auffassung vertreten, daß ein Steuerberater zugemutet werden kann, die Überschuldung, die zum Konkurs der GmbH führen kann, den Geschäftsführern der GmbH rechtzeitig und pflichtgemäß mitzuteilen (vgl. Gräfe/Lenzen/Rainer, a.a.O., S. 112). Der Steuerberater, der aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit zwangsläufig einen Einblick in die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Mandanten erhalte, müsse im Interesse des Mandanten die Überschuldung anzeigen und die Stellung eines Konkursantrages nahelegen (vgl. Kraemer, Steuerberatung 1988, 320, 321). Ob sich diese in der Literatur vertretene Auffassung auf die Gründe der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 8. 2. 1987 (GmbH-Rundschau 1987, 463) stützen läßt, ist fraglich, denn in den dort zur Entscheidung anstehenden Sachverhalt hatte der Steuerberater schuldhaft eine falsche Bilanz erstellt und somit bei der GmbH einen unzutreffenden Eindruck über die Vermögenslage der GmbH erweckt. **Ob es bei einer in den Bilanzen ausgewiesenen Überschuldung noch eines ausdrücklichen Hinweises des Steuerberaters bedarf, hat in diesem Urteil keine Bewertung gefunden.**

- a) Letztlich kann dies alles dahingestellt bleiben, denn ein Schadenersatzanspruch könnte der Kläger gegen die Beklagte aus dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung nur dann herleiten, wenn die Gemeinschuldnerin nicht nur zum Stichtag der Erstellung der Bilanz von 1985, sondern auch im Zeitpunkt der Erstellung der Bilanz im März 1987 überschuldet war.

Nach dem unstreitigen Sachverhalt und dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann nicht festgestellt werden, daß die Beklagte bei Übergabe der Bilanz für das Jahr 1985 im März 1987 davon ausgehen mußte, daß die in der Bilanz ausgewiesene bilanzielle Überschuldung, die nach dem eigenen Vortrag

der Beklagten auch eine materielle Überschuldung darstellte, weiterhin fortbestand und sich bis März 1987 vergrößert hatte.

Die Bilanz für das Jahr 1985, die im **März 1987** fertiggestellt war, wies allerdings einen **aufgelaufenen Bilanzunterschluß von rd. 278.704,- DM** auf. Von dem Fortbestand oder gar von einer Vergrößerung dieser bilanziellen Überschuldung konnte die Beklagte aufgrund ihres Kenntnisstandes allerdings nicht ausgehen.

Im März 1987 war die Bilanz für das Jahr 1986 unstreitig nicht erstellt. Aus den von der Beklagten unstreitig gefertigten betriebswirtschaftlichen Auswertungen (sog. Datev-Auswertungen) war ersichtlich, daß der unstreitige **Umsatzeinbruch im Jahr 1985** – es war ein Umsatz von nur 700.000,- DM erzielt worden – nunmehr aufgefangen worden war. Bereits das Jahr 1986 erbrachte nach Vortrag des Klägers eine erhebliche Umsatzsteigerung auf rd. 1.568.000,- DM, was durchaus eine optimistische Prognose hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschuldnerin zuließ. Ferner war der Beklagten bekannt, daß zur Stärkung der Finanzkraft der GmbH im Oktober 1985 von der Mitgesellschafterin M. C. eine Kapitalzuführung in Höhe von 80.000,- DM in Form von kapitalersetzenden Gesellschafterdarlehen (§ 32 a GmbHG) erfolgt war. Da, wie auch die Zeugen M. C. und T. C. bekundet haben, in diesem Zeitpunkt die **Bewertungen der halbfertigen Arbeiten nicht vorlagen, die für die Feststellung der Vermögenslage der GmbH von erheblicher Bedeutung sind**, konnte die Beklagte von der tatsächlichen Vermögenslage der GmbH im März 1987 sich kein eindeutiges Bild verschaffen. Sie konnte vielmehr aufgrund der hier gegebenen besonderen und ihr bekannten Umstände im März 1987 durchaus davon ausgehen, daß durch die erheblich bessere Auftragslage und infolge der Kapitalzuführung die für das Jahr 1985 festgestellte Überschuldung wieder abgebaut worden war. Von dieser Einschätzung der Lage sind auch die Zeugen T. und M. C., die mit Wissen und Wollen der Geschäftsführer die finanziellen Belange der Gemeinschuldnerin wahrnahmen, ausgegangen.

- b) Auch im April 1988 war die Beklagte nicht verpflichtet, ausdrücklich auf die bilanzielle Überschuldung hinzuweisen und den Geschäftsführern der Gemeinschuldnerin nahezulegen, die Voraussetzungen der §§ 63, 64 GmbHG zu prüfen.

Anders als im März 1987 ist aufgrund der Aussage des Zeugen G. F. davon auszugehen, daß der Beklagten, die sich das Wissen ihres Erfüllungsgehilfen G. F. zurechnen lassen muß (§ 278 BGB), bewußt war, daß im April 1988, als die Gemeinschuldnerin bei ihrer Hausbank um weitere Kredite nachsuchte, trotz der Ende 1987 (insgesamt 340.000,- DM) und Anfang 1988 (44.000,- DM) erfolgten Kapitalzuführungen der Mitgesellschafterin M. C., die Gemeinschuldnerin überschuldet und dem Grunde nach konkursreif war. Die Bilanz für das Jahr 1986 (Stichtag 31. 12. 1986) wies ein Bilanzverlust von

359.017,- DM aus. Dem Zeugen G. F. war ferner aufgrund seines Einblicks in die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gemeinschuldnerin durchaus bekannt, daß sich der Bilanzverlust im Jahr 1987 noch erhöht hatte. Seine Kenntnisse ergaben sich daraus, daß er für die Besprechung bei der Bank entweder eine Vorbilanz oder schon eine endgültige Bilanz für das Jahr 1987 erstellt hatte. Gleichwohl traf die Beklagte gegenüber der Gemeinschuldnerin auch in diesem Zeitpunkt nicht die Verpflichtung, ausdrücklich auf die Überschuldung und die Konkursantragspflicht hinzuweisen. **Nebenvertragliche Belehrungs- und Hinweispflichten treffen den Steuerberater auf nicht steuerrechtlichem Gebiet allenfalls dann, wenn dem Mandanten erkennbar rechtliche und wirtschaftliche Risiken drohen und der Steuerberater den Schluß ziehen kann, daß sich sein Mandant der schadendrohenden rechtlichen oder tatsächlichen Situationen nicht bewußt ist** (vgl. Gräfe/Lenzen/Rainer, a.a.O., Rdn. 259; BGH, Anwaltsblatt 1977, 162 für den Rechtsanwalt).

An solchen **ausfüllungsbedürftigen Wissensdefiziten** hat es im April 1988 auf seiten der Gesellschafter und Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin gefehlt. **Den Geschäftsführern ist angesichts der vorgelegten Bilanzen 1985 und 1986 nicht verborgen geblieben, daß die seit 1983 bestehende Überschuldung erheblich fortgeschritten war.** Auch im April 1988 ist den Geschäftsführern T. und S. C. und der Mitgesellschafterin M. C. der Bilanzverlust in Höhe von rd. 595.000,- DM bekanntgeworden. Nach Bekundungen der Zeugen T., S. und M. C. haben sie von diesem erheblichen Bilanzverlust zwar nicht durch eine endgültige Bilanz, jedoch durch eine vom Zeugen G. F. gefertigten Vorbilanz erfahren. Aufgrund der Unterlagen für das Jahr 1986 und für das Jahr 1987 war den Geschäftsführern und der Mitgesellschafterin M. C. offenbar geworden, daß das Vermögen der Gemeinschuldnerin – trotz der von der Mitgesellschafterin getätigten Kapitalzuführungen Ende des Jahres 1987 und Anfang des Jahres 1988 – nicht mehr ausreichte, die aufgelaufenen Verbindlichkeiten und Verluste abzudecken. Da im Gegensatz zu den vorangehenden Jahren nicht mehr zu erwarten war, daß der Gemeinschuldnerin weiteres Kapital durch die Mitgesellschafterin oder durch die Hausbank zur Verfügung gestellt würde, lag die Überschuldung der Gemeinschuldnerin und damit die Notwendigkeit der Einleitung eines Konkursverfahrens auf der Hand. Dies war zumindest dem Geschäftsführer T. C. bewußt gewesen. Seiner Aussage ist zu entnehmen, **daß ihm vom Zeugen G. F. bei einer früheren Besprechung des Ergebnisses der Bilanz für 1985 im März 1987 verdeutlicht worden ist, daß die Gemeinschuldnerin überschuldet sei und ein Konkurs drohe.** Dies ist der Aussage des Zeugen zu entnehmen, denn er hat bekundet, man habe damals gemeint, daß mit den Einzahlungen (der Mutter) der Konkurs abgewendet werden könne. Wenn jedoch schon dem Geschäftsführer T. C. die Konkurslage der Gemeinschuldnerin angesichts des ausgewiesenen Bilanzergebnisses für das Jahr 1985 bewußt war, so ist es nicht glaubhaft, daß ihm angesichts des im April 1988 bekannten immensen Bilanzverlustes die Konkursreife der Gemeinschuldnerin im April 1988 nicht

bewußt gewesen war. Unter diesen besonderen Umständen hat deshalb für die Beklagte im April 1988 über die Mitteilung der Bilanzergebnisse hinaus keine Veranlassung mehr bestanden, gegenüber der Geschäftsführerin der Gemeinschuldnerin nochmals ausdrücklich auf die bilanzielle Überschuldung hinzuweisen und mit der Anregung auf Stellung eines Konkursantrages heranzutreten.

3. Selbst wenn man eine nebenvertragliche schuldhafte Pflichtverletzung der Beklagten entweder im März 1987 oder im April 1988 wegen des unstreitig unterlassenen Hinweises auf die bilanzielle Überschuldung und die unterlassene Anregung, die Voraussetzungen der §§ 63, 64 GmbH zu prüfen, annähme, mithin eine Schadenersatzverpflichtung der Beklagten in Betracht käme, so könnte der Kläger gleichwohl die Beklagte auf Schadenersatz nicht in Anspruch nehmen, weil die Gemeinschuldnerin an der Entstehung des behaupteten Schadens eine weitaus überwiegende Mitverursachung und ein weitaus überwiegendes Mitverschulden träge, so daß die Gemeinschuldnerin allein den Schaden zu tragen hätte (§ 254 Abs. 1 BGB).

Die Gemeinschuldnerin, die sich das Verhalten der Geschäftsführer analog § 31 BGB (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB, 52. Aufl., § 31, Rdn. 2, 3) zurechnen lassen muß, träge an der Entstehung des behaupteten Schadens eine überwiegende Mitverursachung und ein überwiegendes Mitverschulden.

Der Einwand des mitwirkenden Verschuldens ist der Beklagten nicht abgeschnitten. Das wäre nur der Fall, wenn die verletzte Verpflichtung nach dem Inhalt des Vertrages ihr allein oblag (vgl. BGHZ 96, 98), was – wie ausgeführt ist – nicht der Fall war.

Die entscheidende Ursache des behaupteten Schadens haben die Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin selbst gesetzt. Den Geschäftsführern ist im März 1987 die bilanzielle Überschuldung durch Vorlage der Bilanzen und – wie sich der Aussage des Zeugen T. C. entnehmen läßt –, durch Besprechung des Endergebnisses mit den Zeugen G. F. bekannt geworden. Den Geschäftsführern war im März 1987 schon bewußt, daß der Konkurs der Gemeinschuldnerin nur durch Kapitalzuführungen der Mitgesellschafterin M. C. abgewendet werden könnte. Wenn sich die Geschäftsführer und die weitere Gesellschafterin der Gemeinschuldnerin in der Hoffnung, den Konkurs von dem langjährigen Familienunternehmen abwenden zu können, zu diesem Weg entschlossen haben, so wiegt der Verursachungsbeitrag der Geschäftsführer so schwer, daß die mögliche Mitverursachung und das mögliche Mitverschulden der Beklagten zurücktritt, zumal die Beklagte es nur in der Hand hatte, auf die Überschuldung nochmals ausdrücklich hinzuweisen und die Stellung eines Konkursantrages nahezu legen. Irgendwelche Entscheidungsbefugnisse hatte sie nicht. Nach den Bekundungen der Zeugen T. C. und M. C. hat der Senat zudem die Überzeugung gewonnen, daß jedenfalls im März 1987 die Geschäftsführer keinen Konkurs-

antrag gestellt hätten, denn ihr ganzes Bestreben war in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Mitgesellschafterin M. C. darauf gerichtet, das Familienunternehmen, ein Lebenswerk ihres Vaters bzw. des Ehemannes der Mitgesellschafterin M. C., zu retten. Hinsichtlich einer etwaigen fahrlässigen Pflichtverletzung der Beklagten im Frühjahr 1988 wiegt die Mitverursachung und das Mitverschulden der Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin wesentlich schwerer.

Aufgrund der Jahresbilanz 1986 und der Kenntnisse des Ergebnisses für das Geschäftsjahr 1987 ist den Geschäftsführern die erheblich fortgeschrittene Überschuldung der Gemeinschuldnerin nicht verborgen geblieben. Da im April 1988 keine konkrete Aussicht bestand, die eingetretene Verschuldung in Höhe von rd. 595.000,- DM abzubauen, hätten die Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin – auch ohne einen Hinweis der Beklagten – in Erfüllung der ihnen obliegenden gesetzlichen Verpflichtung den Konkursantrag stellen können zu müssen. Der Kläger kann den den Geschäftsführern zu machende Vorwurf der nicht rechtzeitigen Konkursantragstellung nicht dadurch ausräumen, daß er auf die fehlenden Kenntnisse der Geschäftsführer über deren Pflichten nach dem GmbH-Gesetz hinweist.

Der Grad der nach § 276 BGB anzuwendenden Sorgfalt der Geschäftsführer ist nach einem objektiven Maßstab zu bestimmen (vgl. BGHZ 39, 383). Die Objektivität des Maßstabes schließt die Berücksichtigung der Anschauung und Gegebenheiten eines besonderen Verkehrskreises nicht aus. Dagegen kann die Einsicht und Erfahrung gerade des Handelnden und der Grad seiner Unerfahrenheit in der Regel nicht zu seinen Gunsten maßgebend sein. Daher ist auch im vorliegenden Fall die Frage nur dahin zu stellen, wie sich in der gegebenen Lage ein ordentlicher und gewissenhafter Gesellschafter einer GmbH verhalten hätte.

In Anbetracht der Tatsache, daß der Geschäftsführer einer GmbH sich bei verspäteter Konkursantragstellung nach dem § 84 i.V.m. 64 Abs. 2 GmbHG strafbar macht und zudem gemäß § 64 Abs. 2 GmbHG i.V.m. § 823 BGB i.V.m. § 84 GmbHG für den durch die nicht rechtzeitige Antragstellung entstehenden Schaden haftet, hätte ein gewissenhafter Geschäftsführer einer GmbH im Falle der Überschuldung der GmbH rechtzeitig Konkursantrag gestellt. Einem ordentlichen Geschäftsführer einer GmbH ist auch die Kenntnis zuzumuten, daß die Bilanz als Kriterium für die Überschuldung einen Anhaltspunkt bietet.

Die Versäumnis der Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin in den eigenen Angelegenheiten wiegt mithin so schwer, daß der Verursachungs- und Verschuldensgrad der Geschäftsführer weitaus überwiegt. Auch deshalb besteht nach § 254 BGB kein Schadenersatzanspruch des Klägers gegenüber der Beklagten.

Steuerberaterhaftung

- Steuererklärung
- widersprüchliche Angaben

(OLG Düsseldorf, Teilurteil v. 11. 3. 1993 – 13 U 267/91)

Leitsatz (d.Verf.):

Der Steuerberater hat im Widerspruch zu Erträgnisaufstellungen der Bank stehende Angaben des Mandanten aufzuklären.

Aus den Gründen:

Die Rechtsmittel der Parteien sind zulässig. In der Sache ist die Berufung der Beklagten in Höhe eines Teilbetrages von 119.660 DM nicht begründet. Ob das auch hinsichtlich des vom Landgericht darüber hinaus zugesprochenen Betrages gilt, ob zudem die Anschlußberufung der Klägerin gerechtfertigt ist, bedarf dagegen weiterer Aufklärung.

I.

Die von der Klägerin erhobenen Schadenersatzansprüche finden ihre rechtliche Grundlage in den Grundsätzen über die positive Vertragsverletzung. Ein Vertrag, durch den einem Steuerberater – wie hier – allgemein die Wahrnehmung aller steuerlichen Interessen des Auftraggebers übertragen wird, ist regelmäßig ein **Dienstvertrag**, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (BGH NJW 1992, 307, 308). Da das Dienstvertragsrecht keine gesetzlichen Gewährleistungsvorschriften kennt, kommt im Falle der Schlechterfüllung eine Haftung wegen positiver Vertragsverletzung in Betracht.

Die Beklagte war nach dem ihr erteilten Mandat u. a. verpflichtet, die Einkommensteuererklärungen für die Klägerin und deren inzwischen verstorbenen Ehemann zu fertigen. Der Steuerberater hat bei einem derartigen Auftrag zu prüfen, welche **Steuertatbestände verwirklicht wurden, steuerliche Begünstigungsvorschriften zu berücksichtigen und hierzu notwendige Anträge rechtzeitig zu stellen** (Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdn. 295). Dieser Prüfung muß eine erschöpfende Aufklärung des Sachverhalts vorausgehen. Dabei **trifft den Mandanten allerdings eine deutlich ausgeprägte Pflicht zur Unterstützung des Steuerberaters** (Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Aufl., Rdn. 134). Dieser darf sich grundsätzlich auf die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben des Mandanten** und der von ihm überreichten **Unterlagen** verlassen. Der Steuerberater hat aber auf Unstimmigkeiten zu achten und diese, wenn sie erkennbar werden, zu prüfen und zu klären (Späth, a.a.O.; Gräfe/Lenzen/Rainer, a.a.O., Rdn. 294). Diese Pflichten hat die Beklagte schuldhaft verletzt.

II.

Es steht außer Streit, daß die Beklagte in den Einkommensteuererklärungen für die Jahre 1982 bis 1986 die jeweils auf einem bei der Bank R. geführten Kontokorrent-, später Fremdwährungskonto eingegangenen Zinserträge den Einkünften aus Kapitalvermögen hinzugerechnet hat, obgleich die Beträge bereits in einer ebenfalls berücksichtigten Ertragnisaufstellung der Bank enthalten waren. Bei Anwendung der Umsicht und Sorgfalt, die von einem durchschnittlichen Steuerberater in der konkreten Lage erwartet werden konnte, wäre dieses Versehen vermeidbar gewesen.

1. Die Beklagte hat zur Anfertigung der Steuererklärungen **Ertragnisaufstellungen der Bank** lautend auf die Depot-Nr. für die hier in Rede stehenden Steuerjahre erhalten. Darin waren u. a. die zu versteuernden Zinseinnahmen aus den in diesem Depot verwalteten in- und ausländischen Anleihen inklusive vergüteter Stückzinsen aufgeführt, und zwar in einer Gesamtsumme für das jeweilige Jahr. Ob ihr darüber hinaus auch die im Laufe eines Jahres nach den Fälligkeitszeitpunkten von der Bank erteilten Zinsabrechnungen übergeben worden sind, kann dahinstehen. Sie hat jedenfalls die Auszüge des US-Dollar-Währungskontos erhalten. Darauf sind im Jahre 1982 vier US-Dollar-Beträge gutgeschrieben worden. Den Kontoauszügen (blau) ist zu entnehmen, daß es sich bei den verbuchten Beträgen um Zinserträge aus ausländischen Anleihen handelt. Zwar enthält der Kontoauszug vom 15. 4. 1982 als Buchungstext der Bank nur den Hinweis „Auslands-Zahlung“. Der verstorbene Ehemann der Klägerin hat aber handschriftlich hinzugefügt „8,25 % EC Zinsen v. 8,25 % EWG ANL – 76/82“. Auf dem Kontoauszug vom 7. 6. 1982 ist u. a. vermerkt worden, daß es sich bei der Gutschrift um Zinsen handle. Der Kontoauszug vom 7. 12. 1982 enthält schon als Buchungstext der Bank den Hinweis auf „Wertpapiere“, darüber hinaus ist der handschriftliche Zusatz vorhanden, daß es um „Zinsen“ gehe. Die im Jahre 1983 für das Währungskonto erteilten Auszüge weisen schon im Buchungstext darauf hin, daß es sich um Einnahmen aus „Wertpapiere(n)“ handle. Die Kontoauszüge des Jahres 1984 enthalten – bis auf eine Ausnahme – ebenfalls diesen Buchungstext. Darüber hinaus hat aber der Ehemann der Beklagten die ausländischen Wertpapiere auf den Kontoauszügen ausführlich beschrieben. Die Auszüge des Währungskontos für die Jahre 1985 und 1986 ergeben insgesamt kein anderes Bild.

Bei Beachtung der gebotenen Sorgfalt hätte die Beklagte erkennen müssen, daß den überreichten Kontoauszügen neben den Ertragnisaufstellungen keine eigenständige steuerrechtliche Bedeutung beizumessen war. Denn wenn in den Ertragnisaufstellungen alle Zinsen eines Jahres aus den im Depot verwahrten ausländischen Anleihen – mit hier nicht in Betracht kommenden Ausnahmen – enthalten sind, so stellen die Einzelnachweise allenfalls die Basis für die in den Ertragnisaufstellungen vorgenommene Endabrechnung dar. Die Beklagte hätte, wenn sie diesen Zusammenhang

zwischen Kontoauszügen und Ertragnisaufstellungen nicht zu durchschauen vermochte, ihre Mandanten um Aufklärung bitten müssen.

2. Es entlastet die Beklagte nicht, daß den Beleg- und Kontoauszugsjahren 1982 bis 1986 **Additionsstreifen** vorgeheftet waren, auf denen die in Deutsche Mark umgerechneten Beträge jeweils für das betreffende Jahr zusammengestellt sind. Es kann auch zugunsten der Beklagten als richtig unterstellt werden, daß der Ehemann der Klägerin nichts über die Berücksichtigung der addierten Beträge in den Ertragnisaufstellungen verlauten ließ, daß er vielmehr darauf hingewiesen hat, daß die Erträge aus dem US-Dollar-Währungskonto unbedingt beachtet werden müßten. Dieser Hinweis läßt, da kein Steuerpflichtiger freiwillig mehr Steuern als notwendig zahlen will, allenfalls auf die irrige Annahme des Ehemannes der Klägerin schließen, die auf dem Währungskonto verbuchten Zinseinnahmen seien in den Ertragnisaufstellungen nicht berücksichtigt worden. Die Beklagte hätte diese erkennbare Fehlvorstellung jedoch ausräumen müssen. Der Steuerberater, der gerade wegen seiner größeren Sachkunde beauftragt wird, **darf sich auf offensichtlich irrice oder unrichtige Angaben des Mandanten, die in einem unlösbaren Widerspruch stehen, ebensowenig verlassen wie auf offenbar unvollständige Informationen** (Späth, a.a.O., Rdn. 134).
3. Die Klägerin trifft – entgegen der Ansicht der Beklagten – kein **Mitverschulden** an der Entstehung des der Höhe nach teils noch streitigen Schadens. Der Senat schließt sich den zutreffenden rechtlichen Erwägungen des Landgerichts an. **Der Einwand des mitwirkenden Verschuldens greift dann nicht, wenn die Verhütung des entstandenen Schadens nach dem Inhalt des Vertrages dem in Anspruch genommenen Schädiger allein oblag** (BGH NJW-RR 1986, 1348, 1349). So liegt der Fall hier. Aufgabe der Beklagten war es, die überreichten Unterlagen unter der Prämisse auszuwerten, die Steuerschuld ihrer Mandanten möglichst gering zu halten. Die Klägerin und ihr Ehemann konnten sich darauf verlassen, daß die Beklagte ihre Feststellungen gewissenhaft trifft. Allerdings obliegt dem Steuerpflichtigen die allgemeine Pflicht, die zur Unterschrift vorgelegten Steuererklärungen zu prüfen. **Diese Prüfungspflicht bezieht sich aber nur auf die Teile der Erklärung, die er aus eigener Kenntnis beurteilen kann** (Gräfe/Lenzen/Rainer, a.a.O. Rdn. 707). Für die Klägerin und ihren Ehemann war die überhöhte Angabe von Kapitalerträgen in der Anlage KSO aber nicht ohne weiteres zu erkennen. Das gilt vor allem dann, wenn die Äußerung des Ehemannes der Klägerin, die Erträge auf dem US-Dollar-Währungskonto seien unbedingt zu beachten, tatsächlich gefallen ist. Gerade für die Beseitigung dieser Fehlvorstellungen hatte die Beklagte Sorge zu tragen.

GI Hinweis

Große Steuerreform 1993

Der Beratungspraxis wird eine nützliche Einstiegshilfe in das Standortsicherungsgesetz und das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms zur Verfügung gestellt. Die STEUER-TELEX-Sonderinformation von Regierungsdirektor Willi Winter und Steueroberamtsrat Ortwin Posdziech zeichnet sich durch eine klare Sprache und durch eine Vielzahl von Beispielen aus. Es ist der endgültige Stand der Gesetzgebung berücksichtigt worden (ISBN 3-88606-146, 88 Seiten, DIN A4, DM 38,80).

GI Leitsätze

Versicherungsschutz / geschäftsführender Treuhänder / Bauherrenmodell

Der Zentraltreuhänder im Bauherrenmodell übt eine geschäftsführende Tätigkeit aus, die vom Versicherungsschutz für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte nicht umfaßt wird.

(OLG Hamm, Urt. v. 17. 3. 1993 – 20 U 354/92 – StB 1993, 319 weiterführende Hinweise: OLG Düsseldorf GI 1989, 51; OLG Köln GI 1993, 214; OLG München GI 1988, 66)

Fristversäumnis / Telefax

Wird mittels Telefax Berufung eingelegt, trägt der Absender die alleinige Verantwortung dafür, daß der Schriftsatz vollständig vom Sendegerät eingelesen wird. Fehlerhafter Papiereinzug (Doppeleinzug oder Überlappung von Seiten) mit der Folge mangelhafter Übermittlung ist nur entschuldbar, wenn eine optische Kontrolle beim Einlesen erfolgt. (OLG Naumburg, Beschl. v. 28. 6. 1993 – 3 U 44/93 (n. rkr.) – NJW 1993, 2543)

Bestellung zum Steuerberater / Arbeitnehmertätigkeit

Die Tätigkeit als angestellter Abteilungsdirektor einer Bank ist mit dem Beruf des Steuerberaters nicht vereinbar.

(BFH-Urt. v. 9. 2. 1993 – VII R 89/92 – StB 1993, 343)

Steuerberaterhaftung / Übermittlung von Entscheidungen / getrennt lebende Eheleute

Der steuerliche Berater einer Partei ist verpflichtet, ihm zugestellte Entscheidungen der Finanzbehörde der Partei selbst zur Kenntnis zu bringen; eine Übersendung an den getrenntlebenden Ehegatten an der Partei genügt dann nicht, wenn beide Ehegatten Adressaten des Bescheides sind.

(OLG Köln, Urt. v. 22. 4. 1992 – 13 U 278/91 – VersR 1993, 1118)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft I – II, 1993)

Amtspflichtverletzung d. FA			
– ungerechtfertigte Mahnungen, Anwaltskosten	93, 293		
– Mitwirkungspflicht	93, 56		
– Rechtsprechungshinweise	93, 296		
– Schätzung	93, 56		
Anerkennung			
– d. Honorarforderer	93, 149		
Auskunftsklage			
– Verjährungsunterbrechung	93, 367		
Bankhaftung			
– Aufklärungspflichten, Kapitalanleger	93, 43		
– Bankreferenz	93, 43		
– Haftungsbeschränkung, AGB	93, 200		
– Plausibilitätsprüfung	93, 200		
– Prospekthaftung	93, 43		
– Wissensvorsprung	93, 194		
– WP-Testtag	93, 200		
Bauherrenmodell			
– Bauherr/Gebäudeerwerber	93, 62		
– Zwischenvermietung			
= Einschränkung d. Rspr.	93, 62		
Beleg			
– Bewertungskosten, Nachholung	93, 306		
– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233		
Belehrungspflicht d. RA			
– über Literaturauffassungen	93, 139		
– beschränktes Mandat	93, 260		
– Unterhaltsprozeß	93, 116		
Belehrungspflicht d. StB/WP			
– Einfamilien- oder Zweifamilienhaus	93, 29		
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	93, 234		
= wg. Rundschreiben			
– Gebührenhöhe	93, 112		
– relativ sicherster Weg	93, 313		
Beratung			
– Umfang/Wirtschaftsberatung	93, 142		
Berufungsschrift			
– mehrfache –	93, 312		
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO			
– Geschäftsunterlagen	93, 43		
Beweislast			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	93, 110		
– Ausforschungsbeweis	93, 101		
– Honorarzahlung	93, 149		
Beweissicherung	93, 325		
Bilanzstellung			
– halbfertige Arbeiten, Anzahlungen	93, 231		
Bindungswirkung			
– Strafurteil	93, 269		
Darlegungslast z. Regreßanspruch			
– Schaden, § 287 ZPO	93, 98		
Dienstvertrag			
– Fehler, Beweislast	93, 200		
– freier Mitarbeiter d. StB	93, 200		
– Teilleistung	93, 200		
Erfüllungsgehilfe			
– zwei Rechtsanwälte	93, 330		
Feststellungsklage			
– künftiger Anspruch	93, 117		
– und FG-Prozeß	93, 182		
Firma			
– Zusatz „Revision“	93, 44		
Forderungsabtretung			
– Verschwiegenheitspflicht	93, 2		
Freie Mitarbeiter			
– Dienstvertrag	93, 200, 387		
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle			
= Telefax	93, 221		
– Fristversäumnis, unverschuldete –			
= Erkrankung	93, 249		
= Flucht i. d. Säumnis	93, 116		
= Postbeförderung, neue Bundesländer	93, 250		
= Rechtsirrtum, Diplomburist	93, 312		
– Mitverschulden d. Mandanten	93, 222		
– Telefax			
= Ausgangskontrolle	93, 221		
– Unterschriftskontrolle	93, 194, 249		
Gaststättenübernahmevertrag	93, 78		
Gesamtschuldner			
– Baubetreuer, Treuhänder	93, 2		
GmbH			
– Honorarhaftung d. Geschäftsführers	93, 298		
– Steuerhaftung d. Geschäftsführers	93, 188		
Grundurteil			
– bei Teilklage	93, 355		
Haftungsbeschränkung			
– Ausschluß d. Sozius	93, 282		
– Haftungshöchstsumme	93, 282		
Honoraranspruch d. StB			
– Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152		
– Bilanzzerläuterung	93, 342		
– Buchführung			
= Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152		
= Rahmensatz	93, 151		
– Datevegebühren	93, 150, 151		
– Gebührenrahmen			
= Bilanz, GuV	93, 342		
= Buchführungshonorar	93, 151		
– Interessenskollision	93, 207		
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	93, 50		
= nichtige –, Vergütungsanspruch	93, 52,		
	203, 205		
– Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	93, 203		
– Schreibgebühren, § 17 StBGebV	93, 152		
– Schriftform	93, 205		
– Teilleistung	93, 200		
– Verjährung des –			
= Einrede in zweiter Instanz	93, 201		
– Zeithonorar			
= Darlegungslast	93, 51, 342		
= Vorarbeiten für Steuererklärung	93, 51		
Honoraranspruch d. WP			
– Nichtigkeit d. Prüfungsvertrages	93, 44		
Information an Mandanten			
– getrennt lebende Eheleute	93, 387		
Investitionszulage			
– GI-Fristsache	93, 248		
Kausalität			
– Bilanzfehler	93, 283		
– Fehler d. Gerichts/Fehler d. RA	93, 301		
– inzw. Pflichtwidrigkeit u. Schaden			
= Sicherheit d. Ehefrau	93, 283		
– f. Steuerhaftung	93, 188		
Kenntnis d. Steuerrechts			
– höchstgerichtliche Rechtsprechung	93, 313		
– Zwischenvermietung, Bauherrenmodell	93, 62		
Kenntnis d. Zivilrechts			
– BGH-Meinung	93, 139		
Konkursantragspflicht			
– Pflicht der Gesellschaftsorgane	93, 373		
– Pflicht des Steuerberaters?	93, 373		

Konkursverwalter, Haftung d. –			– Gerichtsentscheidung	93, 184
– Pflichtverletzung d. Sequesters	93, 222		– Rechtsprechungsänderung	93, 313
Kündigung d. Mandats			– Steuerhaftung d. GmbH-Geschäftsf.	93, 188
– fristlos, § 627 BGB	93, 159		– Steuervorteile	
Maklervvertrag			= Korrektur d. –	93, 236
Lebensversicherung			= rechtswidrige –	93, 44, 62
– Gl-Fristsache	93, 354		– Zuschätzung	93, 36
– Anwaltsberuf	93, 282		Schadenersatz	
Mandatsniederlegung			– Minderung d. Anschaffungskosten	93, 116
– Unregelmäßigkeiten d. Mandanten	93, 273		Sequester	
Mitverschulden			– ordnungsgemäße Verwaltung	93, 78
– Kenntnis d. Mandanten	93, 251		– Regreß im Konkurs	93, 222
– Zeitablauf	93, 260		Sozietät	
– Zurechnung des Verschuldens d. 2. RA	93, 355		– irreführende Angaben, § 3 UWG	
Mustereinspruch	93, 74		= gemischte –	93, 116
Nachbesserung			– überörtliche –	93, 116
– nach Wechsel d. StB	93, 45, 47		= Zugang von Schriftstücken	93, 306
Notar			Sozietätsvertrag	
– Belehrungspflichten			– Regelungslücke, Mandatsübernahme	93, 2
= Darlegungs-Beweislast	93, 3		Standesrecht	
= Miteigentümer, Sicherungshypothek	93, 78		– Gelegenheit z. Stellungnahme	93, 192
= Wegerecht	93, 333		StB-GmbH	
– Erfüllungsgehilfe d. Beteiligten	93, 117		– Haftung d. Geschäftsführers	93, 240
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige	93, 222, 339		Steuerberater	
= Anwaltsfehler	93, 301		– Arbeitnehmertätigkeit	93, 387
– Grundbucheinsicht	93, 3		Steuerberatungsvertrag	
– Grundstücksbezeichnung	93, 301		– wg. Haftungsbescheid gg.	
– Rechtskenntnis	93, 3		Geschäftsführer	93, 112
– Vermögensvormund	93, 103		– Zustandekommen des	
– vertragswidrige Zwischenrechte	93, 137		= Darlegungslast	93, 373
Pflicht z. Anfrage b. FA	93, 91		= Indiz: Kostennote	93, 373
Praxisabwickler			Steuererklärung	
– Berufungsbefugnis	93, 44		– Unmöglichkeit d. –	93, 238, 240
Provisionsgeschäfte			– Information d. Mandanten	
– Untreue	93, 106		= widersprüchliche	93, 384
Prozeßauftrag			Steuergestaltungsberatung	
– Beweissicherung	93, 325		– höchststrichterliche Rechtsprechung	93, 313
– zwei Rechtsanwälte	93, 330		– Rechtsprechungsänderung	93, 313
Prüfungsauftrag			– relativ sicherster Weg	93, 313
– nichtiger –, § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB	93, 44		gewerbliche Tätigkeit	
– Unterschrift d. Gesellschafters	93, 251		– Anwaltsberuf	93, 282
Rechtsanwalt			Teilleistung	
– Anfechtungsklage, aktienr.	93, 221		– Vergütungsanspruch	93, 200
– Angestellter, neue Bundesländer	93, 78		Telefax	
– Beratungspflichten			– Ausgangskontrolle	93, 221, 222, 387
= Gaststättenübernahmevertrag	93, 78		Treuhänder	
– Beweissicherung	93, 325		– Aufrechnung mit Schadensersatz-	
– Gesamtschuldklage	93, 355		ansprüchen	93, 306
– Maklertätigkeit	93, 282		– Aufteilung d. Grundbesitzes	93, 26
– Verantwortungsbereich bei Fehler			– Gesamtschuldner, Baubetreuer	93, 2
d. Gerichts	93, 301		– Mitverschulden d. Treugebers	93, 26
– Vergleich, Mandanteninteresse	93, 158, 222		– Rechnungslegungspflicht	93, 2
– Vertreter, § 53 BRAO	93, 158		– Verjährung f. RA-Treuhänder	93, 90
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			– Versicherungsschutz	93, 214, 387
– d. GmbH	93, 78		Umsatzsteuer	
– d. WP Art. 1 § 5 Nr. 2			– Anspruch a. Rechnungserteilung	93, 249
= Kindergeld	93, 44		– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233
Rechtsmittelauftrag			Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB	
– mehrfache Berufung	93, 312		– Auskunftsklage, Stufenklage	93, 367
vorvertraglicher Regreßanspruch			Unterschrift	
– Verjährung d.	93, 91		– i. A.	93, 249
– Versicherungsschutz	93, 214		Untreue	
Revision			– verschleierte Provision	93, 106
– durch WPG/StBerG	93, 2		Vergleichsverwalter	
Rundschreiben d. StB			– bestätigte Warenbestellung	93, 158
– Zugang d. –	93, 234		Verjährung, § 51 BRAO	
Sachverhaltsermittlung			– vorvertragliche Ansprüche	93, 91
– durch Steuerberater	93, 288		– f. RA-Treuhänder	93, 90
Schaden			– Verjährungsbeginn	
– Behördenentscheidung, richtige –	93, 313		= Beitritt z. Anlagemodell	93, 91
– Betriebsaufspaltung	93, 223		= Teilkündigung, Vertriebsvertrag	93, 163
– Darlegungslast, § 287 ZPO	93, 99			
– Familienunternehmen	93, 223			

Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO

- Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Anlaß für – 93, 36
 - = Ersterwerbermodell 93, 142
 - = schuldhaftes Verletzung 93, 36, 367
- Treuhandvertrag 93, 367
- Verjährungsbeginn
 - = Bestandskraft 93, 36
 - = Erlaß d. Steuerbescheides 93, 79
 - = Folgeschäden 93, 364
 - = Fristversäumnis 210
 - = Fristversäumnis, § 55 Abs. 5 EStG a.F. 93, 364
 - = Grundlagenbescheid 93, 313
 - = Mittelfreigabe 93, 367
 - = Schlußbesprechung 93, 195
 - = mit Sicherheitsleistung 93, 79
 - = Vermögensgefährdung, Gewerbesteuerminimierung 93, 35
 - = Wirtschaftsberatung 93, 142
 - = Zugang d. Steuerbescheides 93, 177, 313
- Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch
 - = Primärverjährungsende 93, 210
- Verjährungshemmung
 - = Verhandlung 93, 212
 - = Nichtstun 93, 36
 - = Zugang d. Steuerbescheides 93, 177, 313, 364

Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO

- Kenntnis d. Schadens 93, 270, 341
- = Wissenszurechnung d. RA 93, 271
- Verjährungsbeginn 93, 21, 117
- = anderw. Ersatzm. 93, 342

Vermögensvormund

- ungewöhnliche Vertragsgestaltung 93, 103

Versäumnisurteil

- Flucht i. d. Säumnis 93, 116

Verschwiegenheit

- Forderungsabtretung 93, 2
- Konkurs d. Mandanten 93, 277
- Unregelmäßigkeiten d. Mandanten 93, 273
- = Mandatsniederlegung 93, 273

Versicherungsschutz

- Treuhandtätigkeit 93, 214, 387

Verspätungszuschläge

- teilweise Berufsunfähigkeit d. StB 93, 108
- Darlegungslast d. StB 93, 342

Werbeverbot

- Drittwerbung 93, 2

unlauterer Wettbewerb

- Wirtschaftsprüfersiegel 93, 312

Wiedereinsetzung

- Hilfstätigkeit 93, 194
- Rechtsirrtum
 - = Praxisabwickler, Befugnisse 93, 44
- Unterschriftenkontrolle 93, 194

Wirtschaftsberatung

- Umfang d. – 93, 142

Mustereinspruch

- 93, 74

Wirtschaftsprüfer

- Befangenheit, § 319 HGB 93, 44
- Rechtsberatung
 - = Kindergeld 93, 44

Wirtschaftsprüfersiegel

- unlauterer Wettbewerb 93, 312

Zahlungsverkehr d. Mandanten

- Überwachung d. – 93, 188

Zugang

- b. überörtlicher Sozietät 93, 306

Zuschätzung

- Schaden? 93, 36

Zwangsvollstreckung

- gg. betagten StB 93, 194

Zwischenvermietung

- Belehrungspflichten 93, 62

- BGH v. 12. 6. 1990 – V StR 268/89 93, 103
- BGH v. 30. 10. 1990 – I StR 544/90 93, 106
- BGH v. 29. 11. 1990 – IX ZR 107/90 93, 137
- = WM 1991, 235
- = BB 1991, 302
- = NJW 1991, 1113
- = DB 1991, 694
- BGH v. 31. 10. 1991 – IX ZR 303/90 93, 282
- = WM 1992, 279
- BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91 93, 78
- = WM 1992, 527
- = NJW RR 1992, 393
- = MDR 1992, 906
- = DNotZ 1992, 457
- BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91 93, 222
- = WM 1992, 739
- BGH v. BGH v. 24. 3. 1992 – X ZB 2/92 93, 44
- = NJW 92, 2158
- = VersR 92, 1420
- BGH v. 1. 4. 1992 – XII ZB 21/92 93, 194
- = VersR 1992, 1421
- BGH v. 30. 4. 1992 – III ZR 151/91 93, 44
- = WM 1992, 1148
- = BGHZ 118, 142
- = NJW 92, 2021
- BGH v. 2. 7. 1992 – IX ZR 174/91 93, 21
- = VersR 1992, 1482
- = WM 1992, 1742
- = MDR 1992, 1188
- = NJW 1992, 3034
- = JR 1993, 280 m. Anm. Giesen
- BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91 93, 3
- = DB 1992, 1925
- = WM 1992, 1662
- = NJW 1992, 3237
- BGH v. 8. 10. 1992 – IX ZR 98/91 93, 78
- = WM 1993, 420
- = NJW RR 1993, 243
- = MDR 1993, 280
- BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92 93, 117
- = WM 1993, 251
- = NJW 1993, 648
- BGH v. 15. 10. 1992 – I ZB 8/92 93, 312
- BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 12/92 93, 98
- = WM 1993, 382
- = NJW 1993, 734
- BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 200/91 93, 163
- BGH v. 9. 11. 1992 – II ZR 141/91 93, 90
- = WM 1992, 2132
- = NJW 1993, 199
- = BB 1992, 2454
- = MDR 1993, 84
- BGH v. 17. 11. 1992 – X ZB 20/92 93, 222
- BGH v. 25. 11. 1992 – VIII ZB 29/92 93, 78
- = WM 1993, 67
- = DB 1993, 266
- = MDR 1993, 177
- BGH v. 2. 12. 1992 – VIII ZR 50/92 93, 249
- = NJW 1993, 536
- = WM 1993, 519
- = ZIP 1993, 198
- BGH v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92 93, 79
- = BB 1993, 244
- = DB 1993, 322
- = NJW 1993, 1139
- BGH v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92 93, 187
- = BB 1993, 386
- = WM 1993, 703
- = VersR 1993, 466

BGH v. 13. 1. 1993 – VIII ZR 112/92 = BB 1993, 607 = NJW RR 1993, 505 = WM 1993, 795	93, 159	OLG Frankfurt v. 18. 3. 1992 = RPKU 1.184/92	93, 2
BGH v. 14. 1. 1993 – XI ZR 76/92	93, 222	OLG Hamburg v. 14. 5. 1993 – 14 U 118/92, rkr.	93, 288
BGH v. 21. 1. 1993 – III ZR 15/92	93, 283	OLG Hamm v. 21. 3. 1991 – 28 U 208/90	93, 185
BGH v. 9. 2. 1993 – XI ZB 2/93 = BB 1993, 752 = MDR 1993, 469	93, 158	OLG Hamm v. 18. 2. 1992 – 28 U 209/91	93, 158
BGH v. 11. 3. 1993 – IX ZR 202/91 = NJW 93, 1589 = WM 93, 1193 = BB 93, 1324	93, 222	OLG Hamm v. 13. 5. 1992 – 25 U 193/91	93, 35
BGH v. 18. 3. 1993 – I ZR 120/92 = WM 93, 1376 = NJW 93, 1779 = DB 93, 1284	93, 355	OLG Hamm v. 27. 5. 1992 – 25 U 135/86, rkr.	93, 142
BGH v. 22. 4. 1993 – VII ZB 2/93	93, 250	OLG Hamm v. 17. 3. 1993 – 20 U 354/92 = StB 1993, 319	93, 387
BGH v. 29. 4. 1993 – IX ZR 101/92 = NJW 93, 2045 = WM 93, 1508, = VersR 93, 1016	93, 260	OLG Karlsruhe v. 26. 2. 1992 – 6 U 156/91 = StB 1993, 9	93, 116
BGH v. 29. 4. 1993 – I ZR 109/92 = WM 93, 1511 = NJW 93, 2181 = VersR 93, 1117 = DB 93, 1868	93, 364	OLG Koblenz v. 10. 2. 1992 – 5 W 73/92 = VersR 1993, 379	93, 194
BGH v. 27. 5. 1993 – III ZB 9/93	93, 249	OLG Koblenz v. 7. 5. 1992 – 5 U 1014/91, rkr.	93, 62
OLG Bamberg v. 25. 11. 1991 – 4 U 188/91	93, 26	OLG Koblenz v. 25. 6. 1992 – 5 U 977/92 = NJW-RR 1993, 413	93, 195
OLG Bremen v. 30. 7. 1991 – 3 U 45/91 = DStR 1992, 78	93, 2	OLG Koblenz v. 27. 10. 1992 – 3 U 1868/91 = NJW-RR 1993, 250	93, 200
OLG Celle v. 19. 12. 1990 – 3 U 111/89 = DStR 1992, 159	93, 44	OLG Köln v. 26. 2. 1991 – 22 U 198/90 = RPKU 1.121/91	93, 194
OLG Celle v. 25. 3. 1991 – 6 U 41/91 n. rkr. = RPKU 1.213/92	93, 78	OLG Köln v. 6. 6. 1991 – 5 U 171/90, rkr.	93, 214
OLG Celle v. 18. 2. 1992 – 20 U 67/91 = NJW-RR 1992, 865	93, 222	OLG Köln v. 23. 10. 1991 – 26 U 16/91	93, 36
OLG Düsseldorf v. 6. 2. 1991 – 6 U 90/90 = NJW-RR 1992, 1311	93, 158	OLG Köln v. 27. 11. 1991 – 27 U 19/91 = OLG-Report 1992, 82	93, 116
OLG Düsseldorf v. 28. 3. 1991 – 6 U 161/90 = RPKU 1.071/91	93, 306	OLG Köln v. 22. 4. 1992 – 13 U 278/91 = VersR 1993, 1118	93, 387
OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 11/91	93, 238	OLG München v. 30. 1. 1992 – 1 U 4568/91	93, 231
OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 – 5 U 256/90, rkr. = RPKU 1.226/92	93, 2	OLG München v. 20. 3. 1992 – 21 U 6235/91 = NJW-RR 1992, 1309	93, 78
OLG Düsseldorf v. 11. 7. 1991 – 13 U 49/91	93, 298	OLG Naumburg v. 28. 6. 1993 – 3 U 44/93, n. rkr. = NJW 1993, 2543	93, 387
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 22/91	93, 205	OLG Oldenburg v. 25. 9. 1992 – 6 U 69/92	93, 223
OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 18 U 170/91	93, 29	OLG Oldenburg v. 6. 4. 1993 – 5 U 86/92	93, 251
OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 13 U 118/91	93, 47	OLG Schleswig v. 28. 5. 1993 – 10 U 13/92, n. rkr.	93, 373
OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1991 – 13 U 135/91	93, 50	OLG Stuttgart v. 6. 10. 1992 – 12 U 68/92 = WPK-Mitt. 1993, 76	93, 306
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 13/91	93, 112	LG Essen v. 9. 4. 1992 – 43 O 26/92 = WPK-Mitt. 1992, 143	93, 44
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 89/91	93, 207	LG Frankfurt v. 25. 3. 1992 – 2/21 O 233/91	93, 268
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 129/91	93, 233	LG Hamburg v. 10. 4. 1992 – 303 O 340/91	93, 293
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 134/91	93, 151	LG Hannover v. 10. 1. 1992 – 303 O 232/91, rkr. = RPKU 1.216/92	93, 200
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 149/91	93, 201	LG Hannover v. 16. 12. 1992 – 22 O 156/91 = WPK-Mitt. 1993, 80	93, 312
OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 162/91	93, 236	LG Konstanz v. 20. 12. 1992 – 1 HO 36/91 = NJW 1992, 1241 = WPK-Mitt. 1992, 140	93, 2
OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 146/91	93, 181	LG Oldenburg v. 3. 11. 1992 – 7 O 830/92, rkr.	93, 301
OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 201/91	93, 149	LG Wiesbaden v. 3. 2. 1989 – 9 O 496/87, n. rkr.	93, 249
OLG Düsseldorf v. 14. 5. 1992 – 13 U 218/91	93, 52	BFH v. 28. 8. 1991 – I R 37/91 = DStZ 1992, 254	93, 2
OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1992 – 13 U 159/91	93, 177	BFH v. 26. 3. 1992 – IV R 74/90 = BStBl 1993 II 96 = BB 1992, 2471 = DStR 1993, 89	93, 116
OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 13 U 175/91	93, 203	BFH v. 18. 1. 1993 – X R 83/91 = BFH/NV 1993/427	93, 249
OLG Düsseldorf v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91	93, 210	BFH v. 9. 2. 1993 – VII R 89/92 = StB 1993, 343	93, 387
OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 24/91	93, 110	Beschl. v. 16. 12. 1991 – 46-110 (91) = WPK-Mitt. 1992, 132	93, 2
OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 232/91	93, 240	SG Freiburg v. 16. 1. 1992 – S 9 Kg 1157/91, n. rkr. = WPK-Mitteilungsblatt 1992, 192	93, 44
OLG Düsseldorf v. 30. 7. 1992 – 13 U 258/91	93, 45	FG Baden-Württemberg v. 1. 4. 1992 – 5 K 298/89 = LEXinform 0102458	93, 306
OLG Düsseldorf v. 11. 9. 1992 – 14 U 31/92	93, 139	FG Saarland v. 28. 7. 1991 – 1 K 185/91	93, 108
OLG Düsseldorf v. 12. 11. 1992 – 18 U 160/92, rkr.	93, 56	Kammergericht v. 18. 6. 1993 – 15 U 2932/92	93, 367
OLG Düsseldorf v. 14. 12. 1992 – 1 Ws 1155/92	93, 277		
OLG Düsseldorf v. 7. 1. 1993 – 13 U 83/92 rkr.	93, 342		
OLG Düsseldorf v. 11. 3. 1993 – 13 U 267/91	93, 384		